

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Gesetzliche Rahmenbedingungen für die Nachmittagsbetreuung an Schulen durch Vereine

GRin. **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Betreff meines dringlichen Antrages ist, die gesetzliche Rahmenbedingung für die Nachmittagsbetreuungen an Schulen und Vereinen zu ändern. Die Betreuung von Schulkindern am Nachmittag ist ein unbestritten gemeinsames gesellschaftspolitisches Anliegen und im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch weiter auszubauen.

In Graz gibt es derzeit unterschiedliche Möglichkeiten der Betreuung:

- Tagesmütter
- Horte
- Nachmittagsbetreuung an Schulen durch LehrerInnen im Rahmen ganztägiger Schulformen (verschränkte oder nicht verschränkte Form)
- Nachmittagsbetreuung durch von der Stadt Graz beauftragte Vereine, wie Kinderfreunde Steiermark, Kinderfreunde St. Leonhard, ISOP, Sale, WIKI.

Die Betreuung durch Vereine an Schulen ist im Steiermärkischen Kinderbetreuungsgesetz 2000 derzeit nicht vorgesehen, obwohl diese Form der Betreuung sehr sinnvoll beziehungsweise notwendig ist und sich darüber hinaus aufgrund von vorgegebenen und auch kontrollierten Qualitätskriterien äußerst bewährt hat. Tatsache ist nämlich, dass Horte nicht ausreichend in Schulnähe vorhanden sind beziehungsweise nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen (diese müssten demnach dafür erst speziell gebaut werden) und auch die Betreuungsangebote in ganztägigen Schulformen oder auch Tagesmütter nicht den Bedarf abdecken können.

Diese Nachmittagsbetreuungen an Schulen durch Vereine werden derzeit ausschließlich durch - sozial gestaffelte - Elternbeiträge und durch die Stadt Graz finanziert. Ohne Infrastrukturkosten ( pro Standort durchschnittlich rund € 35.000.--) leistet die Stadt Graz an derzeit 19 Standorten für diese Form der Betreuung von aktuell 915 Kinder einen Beitrag von rund 1,56 Millionen Euro jährlich.

Im Sinne der dargestellten Situation erscheint es daher angebracht und legitim, dass sich auch das Land Steiermark und der Bund an derartigen qualitätvollen Betreuungsformen finanziell beteiligen, zumal alternativ dazu die Errichtung und der Betrieb von Horten vor allem auch für das Land Steiermark bereits auf Basis der derzeitigen gesetzlichen Grundlage weitaus kostenintensiver wäre.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat möge beschließen:

Der Steiermärkische Landtag wird aufgefordert, alle erforderlichen Rahmenbedingungen zu beschließen, damit für die Nachmittagsbetreuung an Schulen durch beauftragte Vereine zukünftig auch eine gesetzliche Basis und vor allem eine finanzielle Sicherstellung durch das Land oder den Bund gegeben ist. Diese unverzichtbare Form der Betreuung soll demnach künftig hinsichtlich Einrichtung und Betrieb vom Land Steiermark und /oder Bund unterstützt werden, wobei unter selbstverständlicher Berücksichtigung definierter Qualitätskriterien auf die gegebenen besonderen Rahmenbedingungen an Schulstandorten (insbesondere vorhandene Flächen- und Personalressourcen) Rücksicht zu nehmen ist (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hätten wir die Ganztagschule, dann wäre diese Diskussion und Petition nicht notwendig (*Applaus KPÖ*). Es hapert vor allem wieder an der Bundes-ÖVP, wie so

oft in Österreich. Wir werden dem Antrag zustimmen, es soll kein Betreuungsplatz wegen Geldmangels verloren gehen. Wir schätzen auch die Arbeit der Vereine, die wir gebraucht haben und brauchen werden, nur warum können sie kostensparender arbeiten, weil sie den strengen Qualitätsnormen der Horte heute noch nicht entsprechen müssen. Eine Nivellierung nach unten darf es nicht geben. Wir von der KPÖ wünschen uns bis zur Einführung der Ganztagschule ein so stark von Bund und Land gestütztes Hortwesen der öffentlichen Hand, dass keine Gefahr besteht, dass bei der Wahl der für die Kommune vielleicht dennoch günstigeren Variante einer Qualitätssenkung Vorschub geleistet werden kann (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Bauer:** Also ich freue mich, dass wir dahingehend alle übereinstimmen, dass wir diese Art der Betreuung anerkennen und auch sehr schätzen. Zu den Horten möchte ich noch ganz kurz Folgendes sagen: Die strengen Qualitätskriterien beziehen sich in erster Linie auf die räumlichen Voraussetzungen und die Grünflächen, was das Personal anbelangt, bin ich hundertprozentig davon überzeugt, dass alle Angestellten, sowohl in Vereinen als auch Horten, beste Arbeit leisten, also ich glaube, dass da von der Qualität...

***Zwischenruf unverständlich.***

GRin. **Bauer:** Ja, das ist mir ganz klar und daran wollen wir ja auch arbeiten an der Qualität. Danke schön.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## 2) Nahverkehrsabgabe – Petition an den Landtag

GRin. **Kahr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Diskussion über die Umweltbelastung durch den Verkehr und über die Notwendigkeit des Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs im Großraum Graz muss konkrete Maßnahmen zur Folge haben. Dazu gehört nach Auffassung der KPÖ vor allem die Einführung einer Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer, wie sie bereits einmal von allen Fraktionen im Grazer Gemeinderat gefordert wurde. Die Wiener U-Bahnsteuer gibt es bereits seit April 1970 und sie hat entscheidend und wesentlich zum Ausbau des U-Bahnnetzes in Wien beigetragen.

Diese Nahverkehrsabgabe, die von den Unternehmern eingehoben würde, könnte rasch Mittel für konkrete ÖV-Projekte erschließen. Diese Nahverkehrsabgabe hätte Vorteile für alle, für die Wirtschaft ebenso wie für die Pendlerinnen und Pendler.

Wie wir wissen, bringen Investitionen in den öffentlichen Verkehr Beschäftigung, aber auch ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr trägt zu einer höheren Attraktivierung als Wirtschaftsstandort in Graz bei, weniger Staubkosten und Unfallkosten. Ebenso wichtig ist, dass das ein wesentlicher Beitrag für die Entlastung der Umwelt ist. Interessant ist aber auch in diesem Zusammenhang, dass es eine Kostenersparnis für Bürgerinnen und Bürger durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs gibt. So fallen beim Pkw 470 Euro pro tausend Personenkilometer an, beim öffentlichen Verkehr hingegen 210 Euro.

Diese Nahverkehrsabgabe müsste vom Steiermärkischen Landtag beschlossen werden. Leider hat es diesbezüglich in den vergangenen Jahren keine Initiativen gegeben.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Die Stadt Graz tritt in einer Petition an den Steiermärkischen Landtag mit dem Ersuchen heran, ehebaldigst die Voraussetzungen zur Einführung einer

landesweiten Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer zu schaffen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau Klubobfrau der KPÖ-Fraktion, mit dem ersten Satz können wir auf jeden Fall mitziehen hier im Antrag, der ist konsensfähig, aber für den Rest des Antrages nehme ich es gleich vorweg, der ist für uns so nicht konsensfähig. Im ersten Satz steht vollkommen richtig die Diskussion um die Umweltbelastung durch den Verkehr, durch die Belastung durch den Verkehr im Allgemeinen und die daraus ableitbaren notwendigen Maßnahmen zum Beispiel, und ganz im Wesentlichen der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, diese Diskussion muss permanent geführt werden und auch die Maßnahmen müssen konkret angegangen werden. Das ist ganz klar und das passiert auch. Ich möchte nur erinnern an die beschlossene Prioritätenreihung beim Ausbau des Straßenbahnnetzes, bei der Umsetzung der derzeitigen drei beschlossenen Projekte im Straßenbahnausbau, an das Finanzierungsprojekt der Stadt Graz zu diesem Ausbau möchte ich erinnern, an den Ausbau der Parkraumbewirtschaftung in Graz und der zweckgebundenen Mehreinnahmen aus dieser Parkraumbewirtschaftung. Also hier werden ganz konkret in diesem Sinne Maßnahmen gesetzt und auch umgesetzt. Darüber hinaus wird, was die Umweltbelastungen aus dem Verkehr betrifft, im Gemeindeumweltausschuss seit Beginn dieser Periode in einem Konsens, in einem breiten Konsens, der alle Parteien mit einschließt, an Maßnahmen und an konkreten Projekten gearbeitet. In diesem konkreten Antrag jetzt muss ich ehrlich sagen, findet sich keine Maßnahme oder findet sich die hier formulierte Maßnahme nicht so konkret und so ausgegoren, dass sie geeignet ist, uns bei dieser Diskussion weiterzuhelfen. Insofern erinnert mich das sehr an die Diskussion an die City-Maut vor einem Monat. Auch hier ging es darum, Modelle, die für Graz nicht so 1 : 1 umsetzbar sind, heranzuziehen und im weiteren, und das muss man auch ganz konkret sagen, Belastungen in den Raum zu stellen, die in erster Linie von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dieser Stadt getragen werden müssten. Zu dem Inhalt, was Sie hier formulieren, komme ich noch dazu, ich möchte nur einmal vorweg stellen, weil die geschätzte Klubobfrau der Grünen das Thema Vertauen oder Misstrauen gegenüber der Politik erwähnt hat, wir

spüren das bei unseren Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern im letzten Monat bei unseren Ständen in der Stadt Graz ganz deutlich, nämlich das Misstrauen und die Ablehnung gegen die Maßnahmen aus der City-Maut. Und wir haben das auch ganz klar begründet, Punkt 1, ein Modell, das so nicht auf Graz umlegbar ist und Belastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und das spüren auch die Leute, und wir merken auch ganz deutlich, dass diese Ablehnung in der Bevölkerung und auch bei den Fraktionen gegeben ist und daraus vermuten wir jetzt eine Motivation, zumindestens bei der KPÖ, auf das Thema Nahverkehrsabgabe umzuschwenken und möglicherweise ist das auch eine Motivation bei der einen oder anderen Fraktion. Natürlich ist es ganz entscheidend, die Diskussion um die Finanzierung von Ausbaumaßnahmen im öffentlichen Verkehr zu führen, keine Frage, nur in diesem Antrag wird hier die Wiener U-Bahnsteuer angezogen, aber in keiner Weise die Petition oder die mögliche Petition an den Landesgesetzgeber konkretisiert wie man das bewerkstelligen könnte, wie das in der Steiermark ausschauen könnte, welchen Erfolg das auch konkret für Graz und nicht nur für die Steiermark gesamt bringen könnte, welche Maßnahmen in Graz, welche Graz in anderen Bereichen der Steiermark umgesetzt werden können, also keine Konkretisierung. Darüber hinaus wurde auch in einem ersten Text des Antrages von fünf Euro Abgabe pro Monat, pro Arbeitnehmer gesprochen, das ist natürlich ganz klar eine Erhöhung der Lohn-Nebenkosten und solche Erhöhungen der Lohn-Nebenkosten werden von uns ganz klar abgelehnt, um Finanzierungen in diesem Bereich herbeizuführen (*Applaus ÖVP*). Also aus unserer Sicht, es gibt ja seit längerem schon Diskussionen um die Nahverkehrsabgabe, auch mit dem Land, und aus unserer Sicht wäre es ganz entscheidend, dass man zunächst einmal hier zu einem konsensfähigen wirklich gut geeigneten Modell, das auch für die Stadt Graz die entsprechenden Erfolge bringen könnte, kommen muss und erst dann wäre sozusagen so ein dringlicher Antrag in dieser Art und Weise sinnvoll. Dieser dringliche Antrag ist nicht genau formuliert, ist so für die Stadt Graz nicht erfolgreich umsetzbar, ist für uns zu unkonkret, darüber hinaus gibt es laufende Gespräche, und aus diesen Gründen lehnen wir die Dringlichkeit und dann auch den Inhalt des Antrages ab (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Die Grünen werden sowohl die Dringlichkeit unterstützen als natürlich auch den Inhalt unterstützen. Es ist eine sinnvolle Forderung, eine Forderung, die die Grünen auch seit vielen Jahren immer wieder stellen. An die Adresse meines lieben Kollegen Peter Mayr, ich sehe deine Kritik nicht, die du der KPÖ vorwirfst, dass es zu wenig konkret wäre. Hier steht ganz deutlich, und das ist immer so die eigenartige Erfahrung, die ich mit euch mache, wenn es einen Antrag gibt, in dem steht, es soll etwas geprüft werden oder hier steht zum Beispiel, es sollen die Voraussetzungen zur Einführung geschaffen werden.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.*

GRin. **Binder**: Lieber Herr Klubobmann, also bitte, lieber Herr Klubobmann Piffl-Percevic, Dringlichkeitsantrag und da steht ganz deutlich...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ich hab gute Lehrer gehabt in der Schule. Das kann ich schon lesen.*

GRin. **Binder**: Darf ich bitte ausreden? Da steht, ehe baldigst soll die Voraussetzung zur Einführung einer landesweiten Nahverkehrsabgabe geschaffen werden. Also wenn das nicht klar genug ist, und da braucht man nicht oder kann und soll nicht erwarten, dass, wenn man so einen Antrag nach einer Nahverkehrsabgabe stellt, dass man da bis ins kleinste Detail alles schon wissen muss. Und dann noch etwas, lieber Peter Mayr, mein geschätzter Gemeinderat von der ÖVP, bitte, ich verstehe deine (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) eingeschränkte Sichtweise nicht, was zum Beispiel die City-Maut betrifft. Kein Mensch hier in diesem Gemeinderat hat eine City-Maut eingefordert, sondern eingefordert wurde die

Prüfung sinnvoller Möglichkeiten und wenn es keine sinnvollen Möglichkeiten gibt, lieber Peter Mayr, dann werden wir andere Dinge uns überlegen. Aber es hat niemand sich auf ein Modell eingeschossen und die KPÖ hat ja nur kalte Füße gekriegt, drum würde sie jetzt ja liebend gerne abspringen, hat aber leider damals zugestimmt, halt kalte Füße, weil es Landtagswahl gibt und weil sie halt auch kandidiert und weil sie jetzt eben meint, die Nahverkehrsabgabe sei das probatere Mittel in ihrer Argumentation ja, weil da geht es um die Unternehmer, ist ganz klar. Sage ich, Unternehmer sollen zahlen, City-Maut, da sind wir jetzt draufgekommen, das könnte was kosten, das könnte auch die Lohnabhängigen was kosten und da schauen wir in der Argumentation dann schon schlecht aus. Also trotzdem die Unterstützung der Grünen sowohl für die Dringlichkeit als auch für den Inhalt ist gegeben.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Es ist schon seltsam, Herr Bürgermeister, und ich wende mich sehr bewusst jetzt an Sie, die ÖVP in meiner Wahrnehmung entwickelt sich in letzter Zeit zu einer Neinsager-Partei (*Applaus SPÖ*), was schon seltsam anmutet, denn die ÖVP...

***Zwischenruf GRin. Gesek: Eine eigene Meinung dürfen wir schon haben.***

Dr. **Getzinger**: Erlaube mir, liebe Kollegin, auch, wenn es dich kränkt, dass ich mich jetzt an unseren Herrn Vorsitzenden wende, an den Herrn Bürgermeister,...

***Zwischenrufe unverständlich.***



Bgm. Mag. **Nagl**: Ich tu mir schwer beim Zuhören, bitte ein bisschen mehr Ruhe.

Dr. **Getzinger**: Das Denken habe ich mir noch nie verbieten lassen, von niemandem im Übrigen. Also denken wir weiter. Herr Bürgermeister, Sie lehnen also und Ihre Partei lehnt die City-Maut ab mit diesen und jenen Argumenten. Sie lehnen mit diesen und jenen Argumenten die Nahverkehrsabgabe ab. Sie sind vehementest dafür, dass man Park-&-Ride ausbaut und den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere den schienengebundenen Nahverkehr, ich bin da in vielen Dingen eines Sinnes mit dem Kollegen Rüschi, aber wie soll man das Ganze finanzieren, Herr Bürgermeister, und da erwarte ich mir jetzt wirklich, und zwar blitzartig, Vorschläge von der ÖVP, sonst werde ich wirklich zornig. So, Herr Bürgermeister, kann es nicht weitergehen. Zu plakatieren, dass man eben für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist und nicht zugleich als Hauptverantwortungspartei in der Stadt Graz als die Partei, die Hauptverantwortung im Land Steiermark trägt, als Partei, die Hauptverantwortung auf Bundesebene trägt, noch, richtig. Keine Vorschläge im Hinblick auf die Finanzierung der eigenen Vorschläge zu machen, das halte ich wirklich für verantwortungslos und diesbezüglich bitte ich Sie wirklich um eine Wortmeldung, die Sie ja sicherlich schon vorbereiten. Immerhin waren Sie auch Finanzreferent dieser Stadt und es ist tatsächlich zu erwarten, dass sehr konkrete Vorschläge kommen. Dass diese Finanzierungsvorschläge, wie Sie alle wissen, auch wehtun, dem einen oder anderen, bei der City-Maut dem Autofahrer, der Autofahrerin, bei der Nahverkehrsabgabe den Unternehmen, sie heißt ja korrekterweise eigentlich nicht U-Bahn-Steuer, sondern Arbeitgeberabgabe, Dienstgeberabgabe, das ist schon klar. Aber noch einmal, da erwarte ich mir jetzt wirklich allmählich konkrete Vorschläge von der ÖVP. Eine so große Partei, die was auf sich hält, wie die ÖVP, muss auch Finanzierungsvorschläge auf den Tisch legen. Wie erfolgreich diese so genannte U-Bahn-Steuer/Dienstgeberabgabe in Wien ist, das sehen wir, Wien baut seinen öffentlichen Verkehr zügig aus, auch mit Hilfe dieser Mittel, Wien gibt beispielsweise im Jahr 2005 sage und schreibe 311 Millionen Euro für den Ausbau nur der U-Bahn aus, die Hälfte davon wird übrigens seit den 70er-Jahren, seit der Regierung Kreisky, vom Bund mitfinanziert, auch diesbezüglich wäre einfach einmal ein offenes Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler vielleicht sinnvoll,

ob er sich nicht ebenfalls zur Hälfte an den Ausbaumaßnahmen beteiligt, die im Bereich Straßenbahnen bevorsteht. Der Kollege Grasser ist schwer zu kriegen jetzt, ich gestehe ihm ja seine Emotionen zu, aber ganz unemotional, da geht es um die Kohle und wir brauchen seine Unterstützung. Die Einnahmen aus dieser so genannten U-Bahn-Steuer in Wien beziffern sich auf 22 Millionen Euro, das Rechenbeispiel, das ursprünglich im Antrag der KPÖ angeführt war, war so weit gar nicht daneben. In Wien heben wir auch pro Arbeitnehmer in der Größenordnung von 3,5 Euro ein, ich halte das durchaus für angemessen und wie gesagt, Wien hat diese U-Bahn-Steuer 1969 eingeführt, also schon vor sehr langer Zeit, wahrscheinlich war diese U-Bahn-Steuer dann tatsächlich der Hebel, der notwendig war, um diese 50-%-Beteiligung des Bundes zu erreichen an den U-Bahn-Ausbauten. Und noch einmal, da geht es wirklich zügig voran, da hinken wir sehr hinterher. Im Vergleich dazu, die Kosten wachsen uns buchstäblich über den Kopf, wir geben für die Verlängerung der Linie 6 über 20 Millionen aus, wir geben für die Verlängerung der Linie 4 fünfzehneinhalb Millionen aus, meine Damen und Herren von der ÖVP, das muss auch bezahlt werden. Wie gesagt, Herr Bürgermeister, ich warte auf Ihre Vorschläge, was die Finanzierung betrifft. Der Herr Minister Pröll, den Titel Umweltminister muss er sich erst verdienen, meiner Meinung nach, aber der Herr Minister Pröll hat sich Gedanken gemacht, er hat tief in die Tasche gegriffen zur Bekämpfung des Feinstaubproblems in Österreich und stellt in den nächsten eineinhalb Jahren 7,5 Millionen Euro zur Verfügung. Das finanziert nicht einmal den Bruchteil einer unserer Straßenbahnverlängerungen. Für ganz Österreich, ich betone das, und er hat gesagt, er möchte das zweckwidmen für Maßnahmen im Bereich Verkehr und Industrie, also ich habe keine Ahnung, von welchen Experten er sich beraten lässt, es hat ja kürzlich, letzten Monat erst, Expertentreffen gegeben. Dieses Ergebnis ist höchst mager und eines Umweltministers nicht würdig. Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt zu (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GRin. Mag. **Fluch** zum Antrag: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Gemeinderatskollege Peter Mayr hat in fachlich, sachlicher Art auch schon bei der Dringlichkeit einiges sehr Wichtiges gesagt, es sei mir daher verziehen, ich möchte es einfach ein bisschen pointierter formulieren, weil ich denke, das ist einmal notwendig. Ich habe auch im Vorfeld schon einmal formuliert, ich hätte es einigen unseren Kollegen ganz gerne erspart, sich nach dem letzten Mal sozusagen jetzt eine zweite Blamage abzuholen. Wir haben das letzte Mal eine lange Diskussion über die City-Maut gehabt, der Antrag hat damals eine Mehrheit gefunden und wir konnten uns trotzdem des Eindrucks nicht erwehren, wir haben die City-Maut gefordert, aber die meisten, die sie gefordert haben, haben nicht einmal genau gewusst, was sie darunter verstehen und was sie damit meinen (*Applaus ÖVP*). Jetzt haben wir einen dringlichen Antrag über die Nahverkehrsabgabe, die durchaus eine gemeinsame Basis finden würde, wenn wir wissen würden, wovon wir reden und wieder haben einige diese Forderung mitunterschrieben, die, so wie ich das sehe, nicht wissen, wovon wir reden. Und wie gesagt, bei manchen Fraktionen verstehe ich es ja, denn es sicher eine gewisse Hetz, wenn man sozusagen eine Mehrheit bildet gegen den Bürgermeister und den Verkehrsstadtrat, obwohl der Herr Verkehrsstadtrat gerade das letzte Mal sehr klar begründet hat, was eigentlich gemeinsame und auch gemeinsam beschlossene Linie der Stadt Graz in der Verkehrspolitik ist und ich habe mich heute schon gewundert, weil auch von der Frau Klubobfrau Binder heute so betont wurde, so die City-Maut selbst muss ja gar nicht unbedingt kommen, denn eigentlich wollen wir nur, dass geprüft wird, ob sie vielleicht kommen könnte, das heißt, dieser Rückzieher ist wirklich symptomatisch, denn ein bisschen war es vielleicht doch nicht so gemeint, vor allem, nachdem man gehört hat, wie vielleicht die Bürger und Bürgerinnen der Stadt und vor allem auch die Unternehmen, die wir auch brauchen als Grundlage unserer finanziellen Basis in der Stadt, zu diesen Vorschlägen stehen, das ist einfach ein Faktum (*Applaus ÖVP*).

***Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Lies den Antragstext durch, bevor du das sagst.***

Mag. **Fluch**: Heute reden wir nicht mehr von der City-Maut, heute reden wir von der Nahverkehrsabgabe, und wie gesagt, Nahverkehrsabgabe ist eine Forderung, die in diesem Haus durchaus eine Mehrheit finden könnte, wenn klar wäre, was wir eigentlich meinen damit. Die KPÖ, und da habe ich Verständnis dafür, die KPÖ hat jetzt eine Wendung vollzogen, denn das letzte Mal, mit dem was da als Forderung im Raum stand, hat man plötzlich jemanden getroffen, den die KPÖ normalerweise nicht treffen will, nämlich die Arbeitnehmer, die wären nämlich da zur Kasse gebeten worden (*Applaus ÖVP*), also hat die KPÖ heute beziehungsweise im Vorfeld zur heutigen Sitzung auch gesagt, wen sie eigentlich treffen will und wer diese Nahverkehrsabgabe zahlen sollte, und das sind entsprechend der Ideologie der KPÖ, das verstehe ich ja auch, die Unternehmen. Nur dass da jetzt die SPÖ wieder mithüpft ist etwas, was mich eigentlich schon sehr wundert (*Applaus ÖVP*) und es mag auch ein bisschen wehtun, weil man uns als Grazer ÖVP immer sehr gerne so in diese Ecke drängen möchte, wo wir nur Wirtschaftsinteressen vertreten, dabei bitte ich auch, in unserem Programmen nachzulesen, durchaus auch die programmatischen Aussagen unseres Bürgermeisters einmal genauer anzuhören und vor allem auch fertig anzuhören. Die Wirtschaft, und eine gesunde Wirtschaft ist sozusagen die Basis unserer Lebensfähigkeit, es hat die ÖVP und auch andere Parteien gelernt, dass diese wirtschaftliche Basis ergänzt werden muss durch soziale Komponenten, denn natürlich müssen wir sozial handeln und nur die ÖVP hat eine Grundlinie und eine Grundphilosophie, nämlich die ökosoziale Marktwirtschaft, wo wir sagen, selbstverständlich gehört zur wirtschaftlichen Basis, die soziale Gesinnung, aber auch ökologische Gegebenheiten mit einzubeziehen (*Applaus ÖVP*). Das heißt, wir sind sicher nicht gegen eine Nahverkehrsabgabe und wir denken, es ist absolut notwendig, darüber nachzudenken, wie auch öffentliche Verkehrssysteme finanzierbar sind, das hat im Übrigen auch Peter Mayr schon gesagt, das hat das letzte Mal unser Verkehrsstadtrat sehr klar ausgeführt und ich denke, wenn er sich heute noch zu Wort melden wird, dann wird er das sicher noch einmal genauer erklären. Ich kann mir einfach nicht helfen, auch beim Herrn Kollegen Getzinger hat es heute geheißen, da könnten wir was machen, aber was genau, wissen wir nicht so recht und das sollen sich gefälligst die anderen überlegen und das ist eine Vorgangsweise, bei der wir nicht mitgehen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder:** Es war am Dienstag Nachmittag, da war ich bei einer Lehrerin in einer Fortbildungsveranstaltung und zwar zum Thema „Lesescreening“ und welche Methoden sozusagen Schülerinnen und Schülern helfen könnten, nicht nur schneller zu lesen, sondern auch Sinn erfassend zu lesen, ich wollte das nur einmal so einstreuen. Noch einmal zu „wie lese ich einen Antrag“, das ist es. Es wird deswegen nicht anders, Frau Kollegin Fluch, es wird ja deswegen nicht anders, es ist, was es ist, was da steht, und die Nahverkehrsabgabe, wie oft während der vielen Gespräche während des Wahlkampfes. Wie oft habe ich gehört, gerade vom Herrn Bürgermeister Nagl, dass das eine ganz wesentliche Sache ist und dass wir damit beginnen müssen und dass wir das einfordern müssen und dass es dafür Gespräche geben wird, jetzt kommt die KPÖ, stellt einen ganz simplen Antrag, dass eben die Voraussetzungen zu schaffen sind und Sie wie der Pawlowsche Hund, da geht es um Arbeitsgeber und schon muss ich dagegen sein. Das ist unglaublich. Ihre Verkehrspolitik ist wirklich eine Katastrophe, dass drei Straßenbahnen verlängert werden, rettet die ganze Situation in keiner Weise, weil gegen die Lärmbelastung ist bis jetzt nichts gemacht worden und wenn wir anschneiden die Sicherheit, die wird nicht höher und vom Feinstaub überhaupt nicht zu reden und jetzt möchte ich den Kollegen und Kolleginnen der ÖVP eines sagen, nicht nur Sie sind auf der Straße gestanden, wobei ich Sie nicht gesehen habe, aber wir sind auch auf der Straße gestanden und wir haben mir sehr vielen Menschen über die City-Maut geredet, wobei wir überhaupt nicht im Antrag eingefordert haben, dass eine City-Maut zu kommen hat, sondern dass es eine sinnvolle Prüfung geben soll.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Fünf Euro pro Arbeitsplatz.***

GRin. **Binder:** Wissen Sie..., der Antrag ist geändert worden, also ich kann mit diesen fünf Euro nichts anfangen, aber zur City-Maut, liebe...

***Zwischenrufe unverständlich.***

GRin. **Binder**: Könnt ihr das klären, ob die fünf Euro stimmen oder nicht, weil er wachelt da immer und wirft mir da...

GRin. **Kahr**: Kollege Piffli-Percevic, du weißt ganz genau, sei ganz ehrlich und tu da nicht herum, du hast von mir die Letztfassung bekommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, bleiben wir nur bitte in der Reihenfolge am Wort.

GRin. **Binder**: Ich habe ihr die Möglichkeit gegeben, das zu berichtigen. Zur City-Maut, wir haben in den Gesprächen mit den Menschen auf der Straße sehr, sehr viel Verständnis geerntet, wir haben sehr viel Zustimmung geerntet und ich habe auch mit Menschen, die nicht Grazerinnen und Grazer sind, gesprochen, die von auswärts kommen, die zwar nicht sehr erfreut sind, aber sie verstehen, worum es geht und Ihre Kampagne von der ÖVP, die bösen anderen, die wollen die Wirtschaft ruinieren, es ist alles sowieso nur ein Ökoschmäh und die Grenzen werden dicht gemacht, wir werden irgendwie ein absterbendes, aussterbendes Museum, das ist im Grunde genommen Haider-Populismus, weil Sie sich anders überhaupt nicht mehr helfen können und sachlich haben Sie in keiner Weise auch nur irgend etwas beigetragen dafür, dass die Menschen verstehen sollen, um was es geht. Aber sie verstehen es ohne Sie, das ist ja unser Glück und unser Vorteil. Wir brauchen Sie da eh nicht dabei.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren! Ich will jetzt diese sympathischen Annäherungsversuche von Schwarz und Grün nicht unbedingt unterbinden, aber ich möchte trotzdem sehr gerne bei der Frau Kollegin Binder fortsetzen, damit wir komplettieren und ein bisschen auch über die ÖVP reden dürfen. Mit dem Kollegen Rüscher verstehe ich mich überhaupt sehr gut, möchte ich nicht verschweigen, den in der Kleinen Zeitung und in der Kronen Zeitung abgedruckten Vorschlag eines Road-Pricing-Systems, ja da frage ich jetzt auch, Frau Kollegin Fluch, hat er denn eigentlich gewusst, worüber er spricht (*Applaus SPÖ*), weil das ist wahrscheinlich aus Ihrer Sicht die kostengünstigste Variante, die trifft niemanden, aber wir kennen natürlich diese Systeme, ganz klug formuliert, also auch die ÖVP, ich bin ja froh, auch die ÖVP denkt ernsthaft darüber nach, wie sehr wir die Gesundheit verbessern können, die Lebensqualität und vor allem, wie sehr wir den öffentlichen Verkehr stärken können und da brauchen wir da und dort Geldmittel, da sind wir uns ja einig. Sie waren nicht ganz dabei am Beginn der schwierigen Verhandlungen für diese neue Gemeinderatsperiode, es gab keinen Tag, weil wir schon gewusst haben, welche leere Kasse wir übernehmen, es gab keinen Tag der Verhandlungen, wo wir nicht über eine Verkehrsabgabe gesprochen haben, vielleicht nicht zur Freude der ÖVP. Mut kann man nicht kaufen, aber wir haben es auch in Anwesenheit der ÖVP-Landespolitiker bei Stadt-Land-Gespräch zum Ausdruck gebracht, um die historische...

### ***Zwischenruf unverständlich.***

Bgm.-Stv. **Ferk**: ...ja, Frau Kollegin, so was haben wir gemacht, sogar mit der von dir so geschätzten Frau Landeshauptmann in Anwesenheit, darüber haben wir gesprochen. Wenn ich mit dem Kollegen Nagl, unserem Bürgermeister, spreche, dann sind wir gar nicht so weit entfernt in dieser Frage, weil wir wissen, es müssen uns intelligente Finanzlösungen einfallen, die letztendlich dazu beitragen, den erfolgreichen Weg von Wien zu gehen und in Wien bitte redet heute kein Unternehmer das schlecht jetzt wie in Graz, weil in Wien akzeptiert es auch die

Wirtschaftskammer und hat längst (*Applaus SPÖ*) kapiert, dass das nicht die Standortfrage ist, Standortprobleme kriegen wir, wenn wir weiter schlecht über diese Stadt reden und wenn sich die ÖVP weiterhin auf die Straße stellt, oder wenn sie, wie angekündigt, nächste Woche mit dem Wirtschaftsbund, Dr. Buchmann, Heinzl, Egger, wenn die sich auf die Straße stellen und Maut-Häuschen aufstellen, um den Leuten, um unseren Grazerinnen und Grazern Angst zu machen. Aber jetzt sage ich Ihnen was, wir im Gemeinderat reden schon, wir sind schon verantwortlich für die Grazerinnen und Grazer und nicht für die ganze Steiermark, manches Mal habe ich das Gefühl, mangels an Schwäche der ÖVP-Steiermark will die Grazer ÖVP in die Presche springen, das brauchen wir nicht, wir wollen für die Grazerinnen und Grazer etwas tun und daher, meine Damen und Herren, glauben wir sehr wohl, der Antrag ist nicht formuliert, der Antrag ist nicht mit fünf Euro formuliert, der Antrag ist auf eine landesweite Verkehrsabgabe gezielt, um keine Standortverschlechterung oder Nachteile zu erzielen, das ist wohl klar, und letztendlich auf die Schwerpunktsetzung für den öffentlichen Verkehr. Ich glaube, ihr habt euch ja beschäftigt, in Wien ist die Abgabe bei unter drei Euro, sage ich jetzt einmal, pro Dienstnehmer in einem Monat, bei unter drei Euro, aber über das brauchen wir gar nicht diskutieren, das wird dann eh das Land festlegen. Wichtig ist nur, und das gilt es festzustellen, bis zum heutigen Tag haben wir weder vom Bund, von bundespolitischer Seite noch von landespolitischer Seite je eine Unterstützung in finanzieller Hinsicht, dass wir die Lebensqualität stärken können und dass wir den öffentlichen Verkehr forcieren können. Das ist die politische Haltung derzeit (*Applaus SPÖ*) und daher ist das eine berechtigte sachliche Diskussion, die wir führen und ich bin dankbar, dass dieser Antrag eine Mehrheit in diesem Gemeinderat und diesem Haus erzielt (*Applaus SPÖ*).

GR. **Slamanig**: Meine Kolleginnen und Kollegen, also Kollege Mayr hat von Konsensfähigkeit gesprochen, also ich glaube, es gibt einen Konsens in der Grazer Politik und der heißt, dass der Verkehr verlagert werden soll vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr, das ist Konsens (*Applaus KPÖ*) und dann stellt sich zwangsläufig die Frage, und deshalb habe ich mich jetzt hergestellt, obwohl ich weiß, dass die Klubchefin dazu ohnedies noch Stellung nehmen wird. Wie



finanzieren wir unsere Wünsche? Und schauen schon viele Jahrzehnte über den Berg, mit Unmut, dass Zentralbereiche, die U-Bahnen finanzieren, allein das Stück zwischen Erdberg und Simmering der U 3 in Wien, jeder nutzt die Gelegenheit, dort zu fahren, hat also einen Schillingbetrag von vier Milliarden gekostet. Jetzt kann man diskutieren, wie man will, wir warten schon die längste Zeit, dass sich hinterm Berg, nicht bei den sieben Zwergen, sondern in der Bundesregierung irgendwo einmal die Einsicht ergibt, dass Ballungszentren wie Graz also auch dementsprechende Mittel brauchen würden oder vergleichbare Mittel, um ihre Verkehrsprobleme zu lösen, nichts. Die 50 Jahre sind in eine falsche Richtung gegangen, ich denke beispielsweise an die Zweckbindung der Mineralölsteuer. Wie ich die Dinge sehe, funktioniert das noch immer nicht, also wir bekommen auch diese Mittel nicht für unsere erforderlichen Maßnahmen. Es ist ungeheuerlich, wenn man sich das anschaut und heute morgen bin ich über das Eiserne Tor mit dem Fahrrad und siehe da, was steht am Eisernen Tor, dreimal dürft Ihr raten, ein Ferrari Testarossa und dann komme ich zur zentralen Frage, wo nehmen die armen Unternehmer, weil ich kenne keinen Arbeiter und Angestellten, der sich mit seiner eigenen Hände Arbeit einen Testarossa leisten kann. Ich weiß nicht, wie viel das kostet, in Euro schon gar nicht, ich habe vor nicht wenigen Wochen erklärt, dass die Lohnquote in unserem Land in 35 Jahren von 76 % auf 64 % gefallen ist und das in einem anderen Zusammenhang. Jetzt weiß ich, dass die ÖVP im Grazer Gemeinderat nicht jene Klientel vertritt, die also tatsächlich nicht mehr weiß, wohin mit dem Geld, aber bei der Frage Nahverkehrsabgabe muss man sagen, dass das keine Klassenkampfgeschichten sind, sondern da geht es um schlichte Verantwortung bei der öffentlichen Hand. Und noch einmal, die Nahverkehrsabgabe wurde von uns als Versuch der Lösung, den öffentlichen Verkehr in Grazer Ballungszentrum zu finanzieren, vor vielen, vielen Jahren gefordert und da komme ich zur Kollegin Binder, das hat jetzt nichts damit zu tun, dass wir zu dem unlängst gestellten und beschlossenen dringlichen Antrag zur Prüfung der City-Maut also kalte Füße bekommen haben, wir haben keine kalten Füße bekommen, weil da geht es um die Prüfung, aber, und deshalb gibt es nicht heute diesen Versuch, also mit der Forderung der Nahverkehrsabgabe durchzukommen, sondern wir glauben seit vielen Jahren, dass diese Frage gelöst werden muss und ich denke, es wäre eine Möglichkeit, im Land Steiermark die Verkehrsproblematik zu lösen (*Applaus KPÖ*).

StR. **Kaltenegger:** Sehr geehrte Damen und Herren! Parteinuugründungen und Umbenennungen sind ja in Österreich inzwischen modern geworden. Vielleicht wird sich auch die ÖVP einmal umbenennen in Schutzverband gegen jede Form von Unternehmensbesteuerung, das wäre sicher eine sehr zutreffende Parteibezeichnung (*Applaus KPÖ*). Also in Wien ist mir nicht bekannt, dass Betriebe abgesiedelt wurden, weil es in Wien die U-Bahn-Steuer gibt. Also eine solche Form ist mir nicht bekannt. Wir haben ja das letzte Mal eine ausgiebige Diskussion hier erlebt über die Innenstadt und über das Sterben der Geschäfte in der Innenstadt. Also wenn ich ein Geschäft in der Innenstadt hätte, ich würde meine Standesvertretung wegen Kreditschädigung klagen. Was passiert in der Praxis, also es wird ständig gejammert, es gibt keine Parkplätze und alles funktioniert so schlecht, um damit endlich zu bewirken, dass sich jeder, sogar der Letzte noch, denken wird, aha, in die Innenstadt braucht man nicht zu fahren, es ist alles katastrophal und viel zu teuer (*Applaus KPÖ*), anstatt offensiv zu werben, wie günstig man zum Einkauf in die Innenstadt kommen kann. Man kommt nirgends so günstig hin wie in die Innenstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Rechnen Sie bitte sich aus, was eine Fahrt nach Seiersberg kostet und rechnen Sie sich aus, was eine Fahrt ins Stadtzentrum kostet mit öffentlichen Verkehrsmittel. Und schauen wir uns doch an, wir haben Garagen gefördert über den Wunsch der Innenstadtwirtschaft, Garagen wurden mit zig-Millionen gefördert, mit zig-Millionen haben wir Garagen gefördert, wir haben uns einmal ausgerechnet, jede zusätzliche Einfahrt, die es gegeben hat, wurde mit 200 Schilling gestützt, mit 200 Schilling jede zusätzliche Einfahrt gestützt, also da war uns nichts zu teuer. Und wenn es darum geht, dass wir wirklich einmal etwas investieren in den öffentlichen Nahverkehr, dann bricht die Welt zusammen. Manche Unternehmer leiden unter einem Phantomschmerz, selbst wenn es keine Steuern mehr geben würde, würden sie noch jammern, wie hoch die Belastung ist (*Applaus KPÖ*). Wir müssen wirklich einiges unternehmen und diese fünf Euro, das ist ursprünglich, das stimmt, ist ursprünglich drinnen gestanden, wir haben das herausgenommen, wir wollten nur ein Beispiel anführen, was man machen könnte. Also ich persönlich hätte kein Problem mit fünf Euro, aber natürlich ist die KPÖ in dieser Frage flexibel. Wichtig ist, dass überhaupt etwas in Bewegung kommt. Aber wenn es so wäre, mit fünf Euro könnten wir in jedem Jahr so etwas finanzieren wie die Verlängerung der Linie 6 und müssten nicht über Jahre hindurch streiten, wie wir die Finanzierung aufbringen und ich rede jetzt nicht nur von der Verlängerung der

Linie 6, sondern es geht auch um andere Straßenbahnlinien. Wir hatten einmal 42 Kilometer Straßenbahnliniennetz. Schauen wir uns an, wie viel wir heute haben.

**Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Es wird mehr.**

StR. **Kaltenegger:** Ja es wird mehr, aber es könnte noch wesentlich mehr werden und wir könnten wesentlich mehr brauchen, wenn wir auch die entsprechende Finanzierung haben. Bei der ÖVP ist dann schon Schluss wieder mit Verantwortung und irgendwie gesamtheitlich zu denken, dann geht es nur darum zu verhindern, dass irgendwelche Unternehmer vielleicht zur Kasse gebeten werden. Also das ist für mich nicht nachvollziehbar, wenn man für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist, dann muss man auch entsprechend für die Finanzierung sorgen. Und um dieses Problem geht es jetzt und um nichts anderes und das ist, glaube ich, eine sehr kluge Lösung. Stellen wir uns bitte Wien heute vor ohne U-Bahn (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Frölich:** Herr Bürgermeister, meine geschätzten Damen und Herren! Ich kann Ihnen jetzt die gespielte Aufgeregtheit meiner Vorredner nicht bieten, es ist aber trotzdem eine Ehre, nach Ihnen, Herr Stadtrat, hier zu stehen, weil Sie stehen so selten da (*Applaus ÖVP*). Ich möchte aber doch eines dazu sagen, es ist so oft das Argument gefallen, wir haben diesen Anträgen nicht zugestimmt. Ich glaube, das ist genau der springende Punkt. Für uns als ÖVP waren es nicht die Anträge, die ja ohnehin so formuliert waren mit, wir sollten vielleicht drüber nachdenken, ob man nicht könnte irgendwo, ich will da gar nicht näher drauf eingehen. Es war, meine Damen und Herren, der Motivenbericht, der Motivenbericht, in dem sowohl zur City-Maut als auch in diesem heute vorliegenden Argumente sich finden, die uns beweisen, von welcher unseres Erachtens falschen Ideenlage Sie ausgehen und dafür haben wir gute Argumente und diese guten Argumente darf ich Ihnen vielleicht nur an einem Beispiel darstellen. Wenn wir heute fünf Euro, drei Euro, zwei Euro pro

Mitarbeiter hernehmen, bitte überlegen Sie sich mit Ihrem Beispiel Wien, Sie schauen so gerne über die Grenzen, dort haben Sie Headquarters von Uno-City abwärts mit tausenden und mehr Mitarbeitern, die im innerstädtischen Bereich arbeiten, dort ist nicht nur der Handel betroffen, dort haben Sie Headquarters, eine völlig andere Wirtschaftsstruktur. Sie können bei uns mit Ihrer Abgabe ein Großmarkt, einen Fachmarktzentrum, einen Baumarkt, der mit vier Kassiererinnen und drei Lagerarbeitern arbeitet, gar nicht richtig erfassen, so wie es eigentlich für die Aufbringung für seine Verkehrsintensität mit tausend Parkplätzen vor der Haustüre notwendig wäre. Sie treffen aber diesen kleinen beratungsintensiven Fachhändler, der hier irgendwo im innerstädtischen Betrieb mit sieben, acht, neun, zehn teuren Mitarbeitern ums Überleben kämpft, genau das ist der Punkt. Sie schießen völlig am Ziel vorbei, ich bin wieder bei der Argumentation von Heinz Hammer in der letzten Diskussion, wo er gesagt hat, ich würde als Arzt unter Bedachtnahme auf die Verhältnismäßigkeit der Behandlungsart ein Halsweh nie mit einer Chemotherapie behandeln (*Applaus ÖVP*). Ich habe aber auch das Beispiel London, das ist so an den Haaren herbeigezogen gewesen letztes Mal, und wenn man sich das anschaut und wenn man sich die Ziffern der englischen Handelskammer anschaut, dann sieht man, dass dort über 80 % der Unternehmen haben dort Umsatzrückgänge. 40 % haben Mitarbeiter entlassen, 30 % wollen einen Standortwechsel, also das sind alles Argumentationen, wo ich Ihnen einfach sage, da kann man auch einem Antrag, der völlig inhaltslos formuliert ist und noch so na ja, da werden sie schon alle mitgehen, wir haben ja Wahlen und wir wollen in der Zeitung stehen, da können wir nicht mit, weil wir wissen, welche falschen Ideen dahinterstehen (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Danke, lieber Klaus Frölich, du hast jetzt genau diesen wesentlichen strukturellen Unterschied in der Betriebsstruktur zwischen der Steiermark insgesamt, weil der Antrag geht ja auf Einführung dieser Abgabe für die ganze Steiermark, also für unser Flächenbundesland im Verhältnis zu Wien, hingewiesen.

***Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.***

Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Vizebürgermeister, schauen Sie sich die Arbeitslosenstatistik an, die wird derzeit eher von Wien angeführt als von der Steiermark (*Applaus ÖVP*). Wir liegen in der Steiermark nicht nur durch ein glückliches Schicksal, sondern durch unser jahrelanges gemeinsames Wirken, Herr Vizebürgermeister, in Stadt und Land erstmals in der Arbeitslosigkeit unter dem Bundesdurchschnitt (*Applaus ÖVP*). Ich brauche, und das mag jeder für sich in Anspruch nehmen, jeder Arbeitslose ist einer zuviel, aber es ist ein historisches Faktum, dass wir erstmals unter dem österreichischen Schnitt liegen (*Applaus ÖVP*) und das ist bei Wien anders bitte, das möchte ich sagen. Wien hat enorme Probleme, schaut an, Sandoz nach München abgezogen, ein kleines Indiz, während wir in der glücklichen Lage sind, auch durch eine kluge Politik, ich nenne die Fachhochschule, dass Roche Steyr Diagnostik nicht die 200 Leute, die sie von AVL übernommen haben, in Graz halten konnte, deren Ansiedlungsargumente in ihrer eigenen Pressekonferenz, das hat kein Politiker sozusagen hineingeschrieben, war die Nähe der Fachhochschule, das war das Argument oder eines, mit der die 200 Grazer Mitarbeiter, die sozusagen übernommen wurden als Beute zusätzlich zu den Marktanteilen nicht nach Mannheim, nicht nach Zürich oder nach Atlanta gewandert sind und wir haben gemeinsam gekämpft, Heinz Weiglein, die Stadtpolitik, Bürgermeister Stingl, dass der Konzern überzeugt wird, dass Graz ein guter Standort ist (*Applaus ÖVP*). Und wir sollten uns nicht durch eine billige unüberlegte Politik das schlecht machen lassen, wir haben noch genügend Notwendigkeit, unseren hervorragenden Standort, der ist sehr viel besser, als er international wahrgenommen wird, wir haben große Probleme, das bekannt zu machen. Ein Beitrag für die Attraktivität unseres Standortes war auch das Kulturhauptstadtjahr und bitte lassen wir uns diesen Standort nicht krank jammern (*Applaus ÖVP*). Und von wegen Antrag, wir haben bereits in der letzten Sitzung erkannt, doch alle gemeinsam, dass es ein Fehler war, die City-Maut so mir nichts, dir nichts zwischen Tür und Angel mit einem Mehrheitsantrag zu proklamieren. Ich stelle auch hier ganz öffentlich und offen gegenüber euch das Instrument des dringlichen Antrages wirklich in Frage. Wir haben es heute schon einmal diskutieren müssen im Zusammenhang, dass wird uns

noch beschäftigen, dieses Instrument bei aller Notwendigkeit, aktuelle Probleme hier anzusprechen, wir wollen ja im Fokus der Ereignisse stehen, die Hände zu binden, Meinungen zu verbieten, Denkverbote zu erteilen, ich halte das für nicht sehr konstruktiv. Und was liegt, das pickt, von wegen die fünf Euro um die kreist heute einiges. Hier stehen sie drinnen, das ist der Antrag, den wir bis heute kurz vor der Sitzung hatten. Auf Grund dieses Antrages haben wir, Karl-Heinz, gestern unsere routinemäßigen Konsultationen, das gehört sich, wir wollen gemeinsam ja was weiterbringen, wir haben bereits am Montag, Herr Vizebürgermeister, darauf hingewiesen auf die Sensibilität dieser Frage, es kann uns niemand den Vorwurf machen, dass wir hier jetzt irgendeinen Buchstaben, den wir dank guter Lehrerinnen auch richtig lesen können, ich habe, wie gesagt, auch so eine gute gehabt, wie es die Frau Kollegin Binder ist, weil gelesen haben wir schon richtig, nur der Antrag, bitte, den beschließen wir, ist wortgleich im alten und im neuen; und bitte auf Grund von Gesprächen, ein paar Worte im Motivenbericht auszuwechseln, bitte, das ist zuwenig, den Antrag hat schon längst die Presse, wenn wir heute das beschließen, die interessiert nicht, ob fünf Minuten vor der Sitzung ein ganz wesentliches Detail ausgewechselt wurde und das soll bitte nicht Schule machen (*Applaus ÖVP*). Unsere großen Sozialpartner, weil die Zusammenarbeit heute angesprochen wird, Benya, Salinger, die waren gute Kartenspieler, wie wir wissen und da gilt dort der alte Spruch „Was liegt, das pickt“, man kann das nicht wegreden, was man einmal hinlegt und das bitte, bei aller Wertschätzung der Presse, die ist sehr sensibel, die sieht sofort, was dahintersteht. Und ein ganz wesentliches Faktum, ich frage fast jede Woche den Christian Buchmann, ob das stimmt. Wir wissen, ich möchte jetzt keine Denksportaufgabe erteilen, aber ich glaube es, jede Woche selber nicht, wissen Sie, wie viele Arbeitsdienstnehmer-Arbeitsplätze wir in der Steiermark haben, 1,1 Millionen Einwohner, wir haben 430.000 Arbeitsplätze. Wissen sie wie viel davon in Graz sind, in Prozenten? Ich möchte euch nicht auf die Folter spannen, ich habe es auch von hier gesagt, 43 % dieser Arbeitsplätze sind in unserer Landeshauptstadt, man glaubt es nicht, wir sollen stolz darauf sein und alles tun, dass wir diese erhalten (*Applaus ÖVP*). Zusammen mit dem Bezirk Graz Umgebung, weil das ist eine Einheit, haben wir 50 %, wir haben nur sieben, heißt das nebenbei bemerkt, aber wir haben 50 % in unserem Ballungsraum Graz, und Kollege Kaltenegger, bitte keine Milchmädchenrechnungen, wenn 26 Millionen Euro in der gesamten Steiermark zusammenkommen für Nahverkehrsaufgaben, glaubst du, dass der ganze Betrag bei

uns in eine Straßenbahnlinie fließen wird, also bitte keine euphorischen Milchmädchenrechnungen, dafür ist die Sache viel zu sensibel. Und lieber Hans Slamanig, dass dich der rote Ferrari beeindruckt, ich habe nachgedacht, was mag das sein, ja ich weiß, das ist legitimerweise, weil dein Ferrari, den du jahrelang erfolgreich gesteuert hast ist der Taurus, dass wir für die Bahn eintreten, das haben wir, glaube ich, schon öfter bewiesen, wir wollen die Leute auf den Ferrari bringen, der sich dazu am besten eignet, das ist die Bahn und auch dafür, nebenbei bemerkt, weil angeschnitten wurde, Herr Vizebürgermeister, dass wir uns da mit Wien messen sollten, die HL-AG hat uns Erkleckliches abgefordert und leiden unter den Ausgaben, aber, und da danke ich auch den Kommunisten, nicht immer, vor zwei Jahren oder vor einem Jahr, als im Zuge der Aufgabenkritik auch die Infragestellung der HL-AG-Ausgaben durch die Stadt im Raum war, wir haben das nicht in Frage gestellt, was sind die Ausgaben und das ist der Nahverkehr, den wir fördern und den wir brauchen, damit wir unsere Betriebe und die Existenz unserer Bürgerinnen und Bürger absichern (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Peter, ich bin natürlich auch stolz auf diese Stadt, genauso wie du und eure Fraktion sind auch wir stolz auf diese Stadt (*Applaus SPÖ*), auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die Unternehmer, auf den kreativen Geist, der hier weht, das ist ja gar keine Frage. Aber auf was ich nicht stolz bin, ist die Tatsache, dass uns die anderen Gebietskörperschaften seit eineinhalb Jahrzehnten auf dem Sektor der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs einfach im Eck stehen lassen, das ist das Land und das ist der Bund. Im Land ist es eindeutig schwarze Mehrheit, im Bund ist es einmal rot, einmal schwarz/blau oder was auch immer für Farbenspiele jetzt gelten, wir merken nur, dass wir in derselben Situation sind wie die Wiener 1969, als sie die Dienstgeberabgabe beschlossen haben. Und es hat sich nicht zum Nachteil, wie Günter Getzinger richtig ausgeführt hat, nicht zum Nachteil des Standortes Wien und des Großraumes Wien ausgewirkt. Und ich erinnere, wie gut das Verhältnis Häupl/Nettig, das ist ja sozusagen ein Superverhältnis gewesen, und auch jetzt gilt das Verhältnis des Wiener Bürgermeisters mit der Wirtschaft als exzellent und trotzdem funktioniert es, dass pro Kopf 72 Cent pro DienstnehmerIn und angefangener Woche

abgegeben werden von den Dienstgebern und dass rund 22 Millionen Euro hereinkommen. Und was ist die Folge? Ein gut ausgebautes öffentliches U-Bahn-Netz, eine Finanzierung, die zuerst mit einem minimalen Betrag der Bundesregierung begonnen hat Ende der 60er-Jahre und schließlich bei einer 50/50-Investitionsquote geendet hat. Ja wenn das kein Erfolg ist, wenn das kein Beispiel, ein Modell ist, das wir anzustreben haben, eine Finanzierung, die wir sogar festgeschrieben haben in gemeinsamen Gemeinderatsbeschlüssen des öffentlichen Verkehrs für den 4er, für den 6er, nämlich die Mitfinanzierung und Mitbeteiligung des Bundes und des Landes und was ist passiert, gar nichts ist passiert. Und ich erinnere mich, ich bin schon einige Jahre hier im Haus, ich erinnere mich, dass es hier Beschlüsse gegeben hat, Anfang der 90er-Jahre zu einer Nahverkehrsabgabe in diesem Haus, einstimmig. Es hat im Jahre 2000 einen einstimmigen Beschluss gegeben zur Nahverkehrsfinanzierung. Ein Dringlicher, der beschlossen wurde, der sogar zitiert hat den damaligen Finanzreferenten Siegfried Nagl, in dem Dringlichen steht sogar drinnen, Nagl weist sogar darauf hin, so steht es im Dringlichen, der eingebracht wurde, der einstimmig hier in dem Haus beschlossen wurde am 6. Juli 2000, dass es nicht möglich sein werde, so der Finanzreferent damals, die erforderlichen Finanzierungsmöglichkeiten für den dringlichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs in unserer Stadt aufzubringen, vor fünf Jahren. Kein Land hat uns geholfen, keine Bundesseite hat uns geholfen, deswegen diese Dringlichen auch in der Zeit gemeinsam von Stingl und Nagl als Finanzreferent und deswegen ist es auch richtig und wichtig, dass wir...

### ***Zwischenrufe unverständlich.***

GR. **Herper:** Ja ich kann auch zitieren den mutmaßlich, wahrscheinlich Kandidierenden mit der Wahlplattform LH, der seine Bekanntgabe, nehme ich an, am 1. Juni bekannt geben wird, dass bei den Herbstwahlen kein Stein auf dem anderen bleiben wird. Ich nehme an, nach dieser Herbstwahl wird es eine Blockadepolitik nicht mehr geben können und ich verstehe nicht, warum der Grazer ÖVP der Mut



verlorengegangen ist. Wir reden über Möglichkeiten, wie die Stadt Graz wirklich Finanzierungsmöglichkeiten bekommt, die ihr gemeinsam mit uns schon beschlossen habt in den letzten Jahren. Und warum sollten wir uns nicht ein Modell zu Herzen nehmen, dass in Wien sehr erfolgreich gewesen ist und auch wirksam geworden ist und zum Nutzen war für eine Investitionsquote. Und was die Sozialpartner betrifft, so habe ich gar keine Sorge, die Arbeitskammer Steiermark hat eine selbige Forderung bereits im Jahr 2000 beschlossen und erhoben und ich habe da gar kein Problem, ich bin froh, dass wir in eine Diskussion eintreten. Wir können auch in eine Diskussion eintreten über die Stellplatzabgabe und zwar jener Verkehrserzeuger, nämlich bei den großen Einkaufszentren und bei den MitarbeiterInnenplätzen, darüber müssen wir auch reden, wir müssen die ganze Bandbreite an Möglichkeiten ansprechen und ich weigere mich, nämlich eure Verweigerung anzunehmen, ich bin für eine Offenheit, für eine Diskussion, bereit, neue Modelle anzusprechen, auch der Mitfinanzierung...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Habe ich schon einmal den Hörer aufgelegt, wenn du angerufen hast?***

GR. Herper: ...und die Gebietskörperschaften dazu zu bringen mitzufinanzieren. Wenn es nur daran läge, liebe Eva-Maria Fluch, dass wir nur formal, warum gerade in einem Dringlichen hast du gemeint? Also wenn es nur daran läge, dass ihr inhaltlich mitgehen könnt, aber dass wir keinen Dringlichen stellen sollen, also wenn es an solchen Kinkerlitzchen läge, dann wäre das ja das Geringste. Und es geht uns auch nicht um Mehrheiten gegen Nagl und Rüscher, es geht jetzt nicht um Mehrheiten gegen Nagl und Rüscher, es geht uns um die Sache, die Finanzsituation ist euch genauso bewusst wie uns und aus diesem Grunde haben wir das, was wir vereinbart haben auch gemeinsam zu Beginn dieser Funktionsperiode, nämlich Nagl hat das versprochen und zugesagt, dass die anderen Gebietskörperschaften die Mitfinanzierung für diese Stadt zu übernehmen haben und deswegen muss auch ein solcher Beschluss den nötigen Druck ausüben, damit wir über Modelle und

Mitfinanzierung nachdenken, beschließen und handeln können. Danke, und in diesem Sinne, meine ich, sind wir dafür, das es unterstützt wird. (*Applaus SPÖ*)

GR. Mag. **Candussi**: Ich brauche nicht lange, ich möchte nur mit einem Mythos da hier ein bisschen versuchen aufzuräumen. Regelmäßig, und man kann wirklich großartige Kommunalpolitik machen, wenn man ausschließlich auf die nächsthöhere oder am besten auf die übernächste Körperschaft schimpft und sagt, die sollten uns einfach ein Geld geben. In der Steiermark sind Wahlen geschlagen worden und gewonnen worden, wo die Programmatik ausschließlich aus Schimpfen auf Wien bestanden hat, erfolgreich geschlagen, wissen wir, hat es immer wieder gegeben, vom Draken-Volksbegehren bis ich weiß nicht was. Die Wiener geben schon ein Geld, also Wien gibt schon ein Geld für ÖV-Projekte her, nur muss man mit konkreten ÖV-Projekten vorstellig werden. Deshalb habe ich die Frage, wann sind Stadt und Land das letzte Mal gemeinsam in Wien gewesen, um für ein konkretes, großes Grazer Verkehrsprojekt um ein Geld zu bitten? Und zwar für ein ÖV...

*Zwischenrufe unverständlich.*

Mag. **Candussi**: ...für ein ÖV, nicht für die Unterführungen, nicht für Autobahnunterführungen und Autostraßenunterführungen, sondern für Nahverkehrsprojekte für den schienengebundenen Nahverkehr. Wann war denn der Herr Stadtrat gemeinsam mit dem Herrn Infrastrukturlandesrat in Wien, um für die Stadtreionalbahn ein Geld zu lukrieren? Die Innsbrucker kriegen eine S-Bahn, ordentlich finanziert von Wien, nur die haben eben mit konkreten Projekten angesucht und das fehlt bei uns seit Jahrzehnten.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Es ist eine gute Gelegenheit, auf Hermann Candussi zu antworten. Es ist nämlich so, der Stadtrat Rüschi hat sich meines Wissens sehr bemüht, Finanzierungsmöglichkeiten in Wien zu öffnen, ich habe es auch getan, ich habe auch mehrfach geschrieben, ich habe dem Herrn Vizekanzler Gorbach geschrieben, er hat auch geantwortet und die Antwort hat gelautet, genau um diese Fragen der Finanzierung schienengebundener Nahverkehr ist es gegangen, er wird das seine Beamten prüfen lassen. Die Beamten prüfen mittlerweile seit eineinhalb Jahren, wenn ich es richtig im Kopf habe, Ergebnis ist uns keines bekannt gegeben worden. Die Innsbrucker waren nicht geschickter, sondern sie haben einen Deal zustande gebracht und haben eine im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten der Nahverkehrsfinanzierung eine Straßenbahnlinie über die Stadtgrenzen hinweg gelegt, das ist für uns auch technischen Gründen auch nicht projektiert oder nicht möglich gewesen bisher. Die Wiener haben dann etwas anderes gemacht, es hat einen Vertrag gegeben zwischen der HL-AG einerseits und dem Land Steiermark andererseits über den Ausbau der HL-Strecke. Das Erste, was man gemacht hat, ist das, dass die HL-Bahnstrecke weggerückt worden ist entgegen der ursprünglichen Planung von der direkten Anbindung an den Flughafen...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das Projekt ist doch unverändert.***

Dr. **Riedler**: Und ob es stimmt, natürlich stimmt es. Das, was man will seitens der Infrastrukturgesellschaft ist, dass wir dazuzahlen über den Flughafen, Faktum. Da geht es in Wirklichkeit schon darum, dass wir was reinzahlen und dass man sich von dem verabschiedet, was ursprünglich einmal geplant war. Nehmen wir alles in allem noch ein Beispiel, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggli, Landeshauptmannstellvertreter auf einem ÖVP-Mandat, wie wir es skurilerweise wissen, weigert sich schlicht und einfach, das einzuhalten, was er auch schon bei der Stadt-Land-Vereinbarung persönlich unterschrieben hat, nämlich einen bestimmten Anteil, 15 %, der vom Land vereinnahmten MÖst-Mittel der Stadt Graz zur Verfügung zu stellen, um genau diese Projekte umzusetzen, von denen wir geredet haben. Das

Geld kommt nicht, wir haben es zwar im Budget drinnen stehen, aber es kommt nicht und es wird auch nicht kommen, ganz einfach, weil es ihm wurscht ist, was in Graz passiert, weil er sich in Wirklichkeit mit etwas anderem schmücken möchte. Das ist die Realität, unter der wir zu leiden haben und Faktum ist dann, Herrmann, dass schlussendlich unter diesen Rahmenbedingungen, der Bund tut nichts, der Bund ändert seine Pläne, das Land tut nichts, das Land ändert seine Pläne, das Geld wird uns nicht gegeben, aber verlangt wird sehr viel. Ich kriege dann ausgerichtet von Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, wir sollen unsere Hausaufgaben machen und dann die einzige Möglichkeit, die dann noch besteht, dass wir eine eigene Einnahmenquelle suchen und finden möglicherweise, die dürfen wir auch nicht in Anspruch nehmen, weil das ist eine Sauerei und schädlich für den Wirtschaftsstand der gesamten Steiermark. Es geht ja nicht um Graz, sondern für die gesamte Steiermark. Ja ok, so kann man uns die Hände binden und ins Wasser schmeißen und dann sagen, schlecht schwimmen tun sie auch noch, das ist ungefähr das Ergebnis, das dabei herauskommt. Nur das ist völlig unrealistisch, meine Damen und Herren, wir müssen uns entscheiden, wollen wir einen öffentlichen schienengebundenen Verkehr haben, wollen wir das ausbauen, ja oder nein, und wenn die Antwort ja lautet, und so ist sie einheitlich immer gewesen im Gemeinderat, so weit ich mich zurückerinnern kann, dann muss man uns sagen, wie wir das finanzieren und wenn man uns eine andere Finanzierungsmöglichkeit eröffnet, es gibt ja genug Beispiele und ich habe einige davon angeführt, da können wir vielleicht auf manches verzichten, eigene Steuern sind alles andere als eine besonders lustige Sache, würde ich gerne darauf verzichten. Aber dann soll man uns bitte die Möglichkeit geben, und die österreichische Volkspartei sowie alle anderen Fraktionen dieses Hauses sind herzlich eingeladen, zu diesem Ergebnis einen Beitrag zu leisten (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Kein Beitrag zur Verkehrsdebatte, aber die Darstellung der Arbeitslosensituation, nämlich die rosige und optimistische durch den Clubvorsitzenden Piffel-Percevic veranlasst mich doch zu einer Richtigstellung, weil ich die Zahlen, die von ihm genannten Zahlen nicht so im Raum stehen lassen möchte. Du hast nämlich gemeint, lieber Kollege, dass der Anstieg der

Arbeitslosigkeit in der Steiermark unter dem Bundesdurchschnitt liegt und wir eine besonders günstige Situation hätten, ich zitiere ORF online vorige Woche: 32.600 Steirer im April ohne Arbeit, die Situation am Arbeitsmarkt ist in Österreich derzeit besonders angespannt. Im April waren mehr als 245.000 Österreicher ohne Job, das ist ein Plus von 2,2 % im Vergleich zum April 2004. In der Steiermark ist der Anstieg sogar noch größer, nämlich 5 % mehr als im Vorjahr. In der Steiermark waren im April fast 32.600 Menschen ohne Job, das ist ein Anstieg um mehr als 1.500 Personen oder, wie gesagt, 5 % im Vergleich zum April des Vorjahres. Dann wird noch angemerkt, dass 15.200 Frauen arbeitslos sind, das bedeutet auch um 1000 Frauen mehr arbeitslos als im April des Vorjahres. Also es gibt keinen Grund, die Arbeitslosenstatistik in der Steiermark rosig darzustellen, im Gegenteil, sie bietet Anlass zu größter Besorgnis (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Ich bin jetzt froh, Herr Bürgermeister, dass ich diesen Stehsatz dazu gesagt habe. Jeder Arbeitslose ist einer zu viel, das muss man sagen, das ist nicht nur ein Ritual, weil es überhaupt nichts gibt, was man hier rosig darstellen können, ich verwehre mich gegen jede Unterstellung, ich hätte etwas rosig dargestellt. Aber darf ich jetzt, wenn ich mich erinnere, das ist jetzt die tatsächliche Richtigstellung, auch rosig habe ich hier nicht gesagt. Wir haben in der Mathematik gelernt, es gibt eine Kurve und die erste Ableitung das ist der Anstieg, ich habe nicht über die erste Ableitung, den Anstieg, gesprochen, das ist bekannt, deswegen besondere Vorsicht und Sensibilität, damit wir hier auch die Trendwende schaffen, weil eine Zeit lang waren wir auch im Anstieg unterdurchschnittlich, das ist ein erstes Warnzeichen. Ich habe gesprochen, dass wir erstmals relativ, so fern wir das Wort erfreulich im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit überhaupt verwenden können, aber Faktum ist, dass wir erstmals in der Arbeitslosigkeit in absoluten Zahlen unter dem österreichischen Durchschnitt liegen, bitte arbeiten wir weiter, dass es besser wird und nicht schlechter (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also um wieder auf die Verkehrsfrage zurückzukommen, der Eindruck ist einfach nicht zu verwischen, dass das eben letztes Mal mit einem Dringlichkeitsantrag bezüglich der Studie versucht wurde, die Entwicklung der letzten Wochen kennen wir. Wahrscheinlich nicht für alle, so wie sie sich es vorgestellt haben, jetzt kommt der nächste Dringlichkeitsantrag über die Nahverkehrsabgabe. Also uns dann vorzuwerfen, wie das, glaube ich, die Klubobfrau Binder gemacht hat, wir tragen sachlich nichts bei, ist in dem Zusammenhang, glaube ich, nicht ganz gerechtfertigt. Ich möchte gerne einmal festhalten, das soll hier auch einmal gesagt sein, dass wir selbstverständlich die beauftragte Studie ordentlich durchführen werden. Dass wir eine Meinung haben, wird uns niemand verbieten können und wir haben uns sogar schon einmal getroffen im großen Team, das war vor zwei Tagen, damals allerdings stand noch aus, dass möglicherweise ein weiterer dringlicher Antrag kommt, bei dem das gesamte Verfahren sehr, sehr aufgebläht werden sollte und wir dann auch nicht wissen, welche Rolle wir da zu spielen haben und haben uns aus diesem Grund wieder vertagt. Wir werden aber, wie gesagt, da sicherlich sehr ordentlich arbeiten. Ganz kurz etwas zum Road Pricing, weil das vorhin erwähnt wurde. Das Road Pricing ist keine Grazer Geschichte, sondern eine Geschichte für Europa und zwar für die Zeit ab 2015, so ist das auch von der EU vorgesehen und genau dann, wenn wir mit unserer derzeitigen Verkehrspolitik keinen Erfolg haben werden. Ich gehe einmal davon aus, dass wir einen Weg beschritten haben und zwar gemeinsam, das ist die Parkraumbewirtschaftung, und wir werden diesen Weg auch weitergehen. Das Zweite, was dazu zu sagen ist, dass ist bezüglich des Road Pricing inhaltlich gesehen, das wird sicherlich diskutiert werden, hat es inhaltlich gesehen eben den großen Vorteil gegenüber allen Varianten, auch gegenüber der Nahverkehrsabgabe, dass sie ein leistungsgerechtes Instrument ist. Wer einen Kilometer fährt, muss einen bestimmten Preis bezahlen, da kann auch differenziert werden, da bezahlt etwa jemand, der vom Karlauer Gürtel nach Seiersberg fährt, mehr, als wenn er vom Karlauer Gürtel in die Innenstadt fährt zum Einkaufen und ich glaube, das ist eine gerechte Sache (*Applaus ÖVP*). Zu der vorgeschlagenen Nahverkehrsabgabe, die Einwände, die mein Kollege Peter Mayr am Anfang gebracht hat, dass sie zu wenig ausdifferenziert ist, die sind aus meiner Sicht völlig richtig. Es ist wirklich unklar in dem Antrag, soll es überhaupt zweckgebunden sein, wenn ja, für welche Projekte, das war das Erfolgsgeheimnis bei den Nahverkehrsprojekten bei der HL-AG, dort stand ein ganz klares Projekt zur

Diskussion, das vom Bund und vom Land mitfinanziert wurde. Es ist nicht klar, wie die Verteilung der Mittel erfolgen soll, bekommt die Stadt Graz die 43 % oder wie viel bekommt sie? Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, das sind nicht irgendwelche Hirngespinnste, sondern wir haben eigentlich ein negatives Beispiel in diesem Zusammenhang. Der Kollege Riedler hat das erwähnt. Die Stadt Graz hat sich vor vielen Jahren, damals Bürgermeister Stingl und Vizebürgermeister Edegger, massiv dafür eingesetzt, dass der Zuschlag zur Mineralölsteuer eingehoben wird, massiv, ohne den Einsatz der zwei Grazer Politiker wäre das wahrscheinlich nicht gekommen, aber man hat leider vergessen, die genauen Spielregeln einzuhalten. Die Stadt Graz hat unmittelbar aus dieser Abgabe gar nichts, es fließt eben an die Länder und ich bin da völlig beim Wolfgang Riedler, der liebe Landeshauptmannstellvertreter Schögggl pfeift sich überhaupt nichts, bleibt versprochene Beiträge für die Möst schuldig und hilft uns auch bei vielen anderen Projekten nicht. Also ich denke, die Überlegung, dass bevor wir so etwas fordern und sehr viel genaue Gedanken macht, wie man so etwas ausformulieren soll und im Detail gestalten soll, sind sicherlich sehr gut und sind auch strategisch gesehen sehr wichtig (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Es war jetzt mehrfach die Forderung seitens der ÖVP und auch seitens Ihrer Person, Herr Stadtrat Rüschi, dass dieser vorliegende dringliche Antrag zu wenig detailliert und ausformuliert etc. vorliegt und dass deswegen quasi der ÖVP nicht möglich wäre, zuzustimmen. Es verwundert mich einfach, ich kenne es nicht, dass hier in diesem Haus dringliche Anträge in Form von detaillierten Gesetzesvorschlägen beschlossen wurden und ich kann mich erinnern, kurz vor dieser Diskussion haben wir einen dringlichen Antrag der Kollegin Bauer beschlossen, wo wir auch fordern, das Land und den Bund bezüglich gesetzlicher Rahmenbedingungen tätig zu werden, da im Zusammenhang eben mit der Nachmittagsbetreuung da war es dann kein Problem, dass das nicht konkreter ausformuliert und detaillierter festgelegt ist im Rahmen des dringlichen Antrages. Also irgendwie halten wir das ein bisschen für ein ganz seltsames Verständnis und vor allem ein sehr hüpfendes, nämlich im Halbstundentakt sich ändern das Verständnis von dringlichen Anträgen, das einfach nicht wirklich nachvollziehbar ist.

Das andere, was langsam jetzt auch ein bisschen schwer ist, ist, irgendwie nachvollziehen zu können, wofür die ÖVP letztendlich ist, weil einerseits waren hier RednerInnen, nämlich du, Eva-Maria, heraußen, habt ihr gesagt, ihr seid für die Nahverkehrsabgabe, aber nicht so. Ich frage mich, wer soll sie zahlen, die Mutter mit dem Kinderwagen, die die Straßenbahn benützt oder der Radfahrer, der den Fahrradweg benützt, ich weiß es nicht, wer eure Nahverkehrsabgabe zahlen soll. Auf der anderen Seite war gerade Stadtrat Rüschi heraußen und erklärt zum Road Pricing und da waren wir, glaube ich, alle sehr neugierig, wie ist denn jetzt die Position der ÖVP zum Road Pricing, wir konnten ja nur in der Zeitung lesen, dass Stadtrat Rüschi dem nicht abgeneigt wäre, im Wesentlichen konnten wir jetzt entnehmen den Ausführungen, dass das vielleicht doch nicht so die ÖVP-Position ist, sondern die EU fordert das Road Pricing, aber eh erst ab 2015. Also irgendwann wäre es einmal recht nett und wenn ihr es nicht als dringlichen Antrag einbringen wollt, weil es dann zu wenig detailliert ausformuliert ist, vielleicht kann der Verkehrsstadtrat oder auch der Bürgermeister oder wer auch immer in Form eines Gemeinderatsstückes das dann detailliert ausformuliert einbringen. Irgendwann wäre es einmal recht nett, wenn Ihr einfach in diesem Haus auf den Tisch legt, wie Ihr euch denn die Finanzierung in Wirklichkeit nun vorstellt (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, dann darf ich, weil ich direkt angesprochen worden bin und weil anscheinend da einige Fragen offen sind, auch als ÖVP-Obmann und auch als Bürgermeister einige Dinge dazu sagen, die mir wichtig sind. Das Erste ist, ich halte die Vorgehensweise, wie wir mit dem Thema Verkehr umgehen insgesamt in der Gesamtstruktur, für unprofessionell und das ist unser größtes Problem, weil nur professionelles Vorgehen bei übergeordneten Gebietskörperschaften etwas erwirkt (*Applaus ÖVP*). Ich halte es für unprofessionell, dass wir nicht unsere Stadtregierungssitzungen, unsere Ausschusssitzungen und unsere sonstigen Möglichkeiten, die wir haben, nutzen, sondern dass wir, weil da der Blick der Öffentlichkeit auf uns gerichtet ist, immer wieder die Gemeinderatssitzungen hernehmen und mit dringlichen Anträgen husch-husch sich wieder einmal kurz positionieren zu wollen, das ist meine erste Geschichte und ich werde es dann noch vertiefen. Das Zweite ist, es geht hier insgesamt auch um eine Frage des Stils, wie



wir hier miteinander umgehen. Und Herr Gemeinderat Dr. Getzinger, ich habe das noch nie gemacht, was Sie getan haben, nämlich zwei Dinge da gesagt. Das eine ist, dass Sie mir da unterstellen, ich sei verantwortungslos, das habe ich einem Politiker noch nie unterstellt und ich weise das wirklich zurück. Das Zweite ist aber auch, und das ist für mich eine ganz besondere Kategorie, die ich nicht kenne oder auch nicht anwenden will. Sie sagen, „und jetzt sagen Sie gefälligst was, weil sonst werde ich zornig“. Die Kategorie Zorn würde ich in der Politik möglichst abschaffen, das geht auch auf Ihre Gesundheit und das wünsche ich Ihnen nicht, dass Sie da dran krank werden. Aber ich gebe Ihnen jetzt gerne Antwort, weil Sie haben gesagt, wie stehen wir jetzt dazu, zur City-Maut, ablehnend, zur Nahverkehrsabgabe ablehnend, beim Park-&-Ride, ÖV, usw. Ich sage einmal vorweg eines, weil da immer aufgerechnet wird, wer ist gerade in Stadt, Bund und Land und sonst wo verantwortlich. Als ich vor sieben Jahren hier in den Gemeinderat einziehen durfte, hat der öffentliche Verkehr von Graz, und da waren durchaus andere Fraktionen in Bund und Land, sowohl auf Verkehrsseite als auch auf Finanzseite, zuständig und auch die Jahrzehnte davor, einen Zustand gehabt, der veraltete Gleise, wo wir hingeschaut haben, keine Werkstätten, keine Waschanlagen, keine neuen Busse, keine Ökologieprojekte, nur sternförmig alles organisiert, keine zusätzlichen Straßenbahnlinien, noch keine HL-AG-Projekte, auf das haben wir alles hundert Jahre warten müssen. Wir sind mit Wuppertalern durch die Gegend gefahren und das Thema Verkehr ist in Graz Null-Komma-Josef weitergegangen. Die Punkte, die ich Ihnen jetzt aufgezählt haben, haben wir die letzten sieben Jahre Gott sei Dank gemeinsam geschafft und wenn Sie um das Finanzieren mit mir reden wollen, dann rede ich gerne drüber, welche Möglichkeiten es gibt und die ÖVP verschließt sich nicht einer Nahverkehrsabgabe. Wir haben sie mit der SPÖ auch vereinbart, wir waren gemeinsam oben bei allen Landeshauptleuten, bei den zuständigen Landesregierern und haben es eingefordert und zwar erstmals so, dass wir gesagt haben, wir hätten gerne eine für ganz konkrete Projekte, die der Herr Stadtrat Rüscher erstmals zusammengefasst hat. Das erste Mal überhaupt, dass wir mit einem Paket hinaufgegangen sind und gesagt haben, wir legen uns fest auf den Ausbau der Straßenbahnlinien und jetzt erinnere ich daran, wie ich mit Helmut Strobl in diesem Saal gelitten habe, weil er einmal ein paar visionäre Ideen wieder gehabt hat, die dieser Stadt in der Vergangenheit immer gut getan haben bis zum Kulturhauptstadtprojekt. Wie wir Kopenhagen und U-Bahn-Modelle besprochen haben und auch die Finanzierungsmethoden dazu, da ist bitte

sofort drübergefahren worden, kommt nicht in Frage, ist alles verrückt, dürfen wir nicht weiter nachdenken, ich kann mich da gut erinnern (*Applaus ÖVP*). Wir haben es demokratisch zur Kenntnis genommen und haben das, was prioritär wichtig ist, jetzt auch wirklich angepackt und da können wir einiges herzeigen. Lieber Ernest, wenn du da hinausgehst und wieder irgendwelche Thesen zum Unternehmertum sagst und dann vielleicht selber noch antrittst und sagst, wenn ich Unternehmer in dieser Innenstadt wäre, dann kann ich dir nur einmal sagen, probiere es einmal in deinem Leben, selbständig zu sein, probiere einmal in deinem Leben, ein Unternehmen zu leiten, wo nicht Milliarden in eine Ölfirma geflossen sind, woher sie auch gekommen sind. Probiere bitte einmal wieder, eine Reise zu unternehmen, ich war vergangene Woche in Berlin, das ist Kommunismus, das steht auf deiner Partei heute noch drauf, lehne es jetzt nicht ab, die Kulturdenkmäler wurden geschleift, Plattenbauten, wo du hinschaust, dass einem schlecht wird dabei. Von Straßenbahnen kann man dann gar nicht reden und die Fahrzeuge, die geschaffen worden sind, die Trabis, die kannst ja nicht einmal recyceln, da kannst ja nur froh sein, wenn irgendwelche Testarossa-Sammler so ein Stück auch noch haben wollen als Exklusivität, aber das ist eine Katastrophe. Es ist immer wieder derselbe Reflex, wenn jemand etwas mit Leidenschaft macht, ich breche jetzt nicht eine Lanze für irgend eine Automarke oder sonst was, mit Leidenschaft ein Produkt entwickelt, wo Menschen Arbeit haben oder sonst was, dann wird es wieder dargestellt als eine Katastrophe. Bei dem Testarossa und bei Ferrari arbeiten auch Menschen und die sind glücklich, dass sie einen Job haben, das müsst ihr einmal anerkennen und wenn jemand in diesem Land Leistungen erbringt, dass er sich so etwas leisten kann, weil er sich das leisten will, dann bin ich ihm nicht zu neidig (*Applaus ÖVP*), sondern er muss hart dafür arbeiten, er muss es erhalten und vieles mehr. Dieses Neid-Syndrom in diesem Land ist zeitweise nicht zum Aushalten, das ist das eine. Schaut euch auch bitte einmal wirklich die Straßenbahnen an, die im Osten stehen, also ich war in St. Petersburg gemeinsam mit dem Vizebürgermeister Walter Ferk, du wirst dich ja erinnern können....

***Zwischenruf StR. Kaltenegger unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, da ist alles wunderbar, wir reden nicht von einem indischen Land sondern wir reden von einem europäischen, und das war ja Gott sei Dank vom kommunistischen da hier nur in manchen Ländern der Fall und noch einmal, schau es dir einfach wieder einmal an, fahr hin, wir haben ein Projekt gehabt jetzt, lieber Ernest, ich war vorgestern im Opernhaus am Abend, weil deutsche Vereinigungen in München sich einsetzen müssen, dass die alten Menschen in Moskau heute noch etwas zum Leben haben, zum Überleben haben und das ist alles entstanden unter kommunistischen Regimen und du wirst jetzt immer den Kopf dabei schütten, aber das ist ein Faktum (*Applaus ÖVP*), so das ist jetzt einmal der Punkt. Das möchte ich nie tauschen, das kapitalistische System möchte ich gesehen haben, wo Straßenbahnlinien, wie es in St. Petersburg sind, einfach einmal für einen halben Meter unterbrochen sind und da am Asphalt weiter fährst und dann zufällig wieder in die Schienen hineintriffst, das habe ich noch nie gesehen, außer in St. Petersburg. Soweit einmal zu diesem Bereich. Wenn ich eine Nahverkehrsabgabe will und ich stehe dazu, dann will ich es für ein Projekt haben und zwar für ein großes Projekt, das uns vielleicht wirklich einmal in die Lage versetzt, diese Graz-Umgebung und Graz-Probleme in den Griff zu kriegen. Da haben wir noch kein Projekt am Tisch, das läuft gerade im Moment. Wir arbeiten im regionalen Entwicklungsverein unter Federführung von Gerhard Rüscher, einen Generalverkehrsplan von Graz, der wird auch präsentiert werden, da werden auch viele zum Staunen kommen, was alles im Laufen ist und was von Landes- und von Bundeseite schon alles finanziert wird. Die HL-AG-Geschichte das sind Milliarden Schilling, hunderte Millionen, die da nach Graz kommen, in die Steiermark kommt von Bundeseite jetzt Geld, um das Verkehrsdreieck Wien, Linz und Graz auf die Beine zu stellen. Ich könnte noch viel anderes aufzählen, da läuft schon vieles, aber den Durchbruch haben wir nicht geschafft. Ich wünsche mir, mit einem Projekt nach Wien zu gehen, wir sind schon des Öfteren draußen gewesen, wir reden auch mit dem Land, wir sind bei allen Fraktionen bislang abgeblitzt. Und wenn so eine Nahverkehrsabgabe geht und das ist jetzt der wesentlichste Punkt, das Wiener U-Bahn-Modell, das da zitiert wird, bezieht sich halt auch wieder auf Arbeitsplätze und ich täte das gerne nicht drinnen haben, weil mich das einmal stört und das ist bis heute gesetzlich nicht geändert worden. Wenn jemand heute keine Behinderten beschäftigt, dann muss er eine Ausgleichstaxe zahlen und Unternehmungen müssen zahlen, je mehr Mitarbeiter sie haben, umso mehr Ausgleichstaxe müssen sie zahlen und genau die

Unternehmungen, die ihr meint, die ihr treffen wollt, wo wir über diese internationalen Konzerne reden und wo ich auch drüber rede, die ich treffen möchte, die haben nämlich fast keine Beschäftigten, aber die haben die großen Gewinne und wenn wir wieder ein System anwenden, das nur auf den einzelnen Arbeitsplatz bezogen ist...

*Zwischenrufe unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt andere Modelle, aber Ihr habt von uns was eingefordert bis fünf Minuten vor der Gemeinderatssitzung auf den Arbeitsplatz...

*Zwischenruf unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ein Baumarkt hat keine Maschinen, liebe Grüße, das geht nicht. Neue Faktoren...

*Zwischenruf unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Stellplatzabgabe? Die Bodenversiegelungsabgabe. Noch einmal, und das ist jetzt der Punkt, jetzt können wir im nächsten Gemeinderat noch eine Abgabe und noch eine, es ist für unseren Wirtschaftsstandort diese Diskussion, die automatisch von da medial nach draußen geht und öffentlich geführt werden wird, negativ und schlecht und deswegen wünsche ich mir, dass wir die Diskussion, die wir

da jetzt wieder uns gegenseitig relativ beherzt an die Köpfe schmeißen, die Argumente, dass wir diese Geschichten einmal in den zuständigen Gremien wirklich ausdiskutieren und dann sagen, was wir wollen, und deswegen möchten wir heute bei der Aktion, das letzte Mal war es die City-Maut, und liebe Frau Gemeinderätin Binder, Sie haben unserem Herrn Gemeinderat Mayr vorgeworfen, ich glaube Kurzsichtigkeit war es, eingeschränkte Sichtweise, wissen Sie, was eingeschränkte Sichtweise ist, wenn ich weiß, was ich bewirke und trotzdem eine Studie mit Kosten und mit Zeitaufwand in Auftrag gebe. So weitsichtig sind wir, dass wir wissen, was eine City-Maut da herinnen bewirken würde, deswegen haben wir uns dagegen klar ausgesprochen und wir werden bei der Nahverkehrsabgabe dabei sein, aber bitte für die richtigen Projekte, aber nicht nach dem Wiener U-Bahn-Modell und mit dem Motivenbericht (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich steige jetzt nicht in die Niederungen herab, um jetzt den Osten zu verteidigen, ich brauche ihn nicht zu verteidigen, dort gibt es bereits 15 Jahre Kapitalismus und wie du jetzt gesagt hast, ist das scheinbar auch nicht das richtige System. Aber ich würde wirklich bitten, kommen wir wieder auf Graz zurück und zu unseren Verkehrsproblemen und da muss ich wirklich sagen, es gibt da zwei Problemstellungen, warum wir viel Geld brauchen für den öffentlichen Verkehr. Auf der einen Seite haben wir ein Unternehmen, das uns gehört, das wir hier zu vertreten haben, das einen erheblichen Betriebsabgang hat, der Betriebsabgang ist heute noch nicht erwähnt worden, ich muss mich wirklich wundern, ich schätze, so im Kopf zu haben in der Größenordnung von jährlich 15 Millionen Euro. Wenn ich was Falsches sage, bitte mich zu korrigieren.

***Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Sieben.***

GR. **Schmalhardt:** Sieben, ist das, du sagst das Stichwort für mich, was der Flughafen als Eigenkapital zur Abdeckung dieses Abgangs leisten wird. In Wirklichkeit wird es das Doppelte sein. Wenn du mir schon eine Zahl sagst, dann bitte eine richtige. Ich habe auch hier im Haus gewarnt vor dem Abzug des Eigenkapitals vom Flughafen, wir werden es vielleicht noch erleben, wenn ich lang genug im Gemeinderat sein darf, dass auch der Flughafen keine Eigenkapitaldecke haben wird, wenn wir so weiter tun. Wir müssen uns angewöhnen, auf unsere eigenen Unternehmungen zu schauen und darum bitte ich, wir haben dort einen erheblichen Abgang und auf der anderen Seite müssen wir das Dienstleistungsaufkommen erheblich erhöhen, dass der Betriebsumfang größer wird und der Ertrag steigt. In dieser Schere sind die Grazer Verkehrsbetriebe. Es ist eine wunderschöne Sache, ein Projekt zu haben, das 20 oder 25 Millionen Euro kostet, für eine kleine Verlängerung eines Netzes und den Traum zu haben, dass wir mit einer Verlängerung von 1,8 Kilometer den Betriebsabgang von 15 Millionen Euro hereinbringen werden. Also bitte, bei der Kapitalaufbringung haben wir an den Betrieb zu denken und an die Leistungserhöhung des Unternehmens. Das würde ich bitten, wir brauchen da gar nirgends hinschauen nach Moskau, wie schlecht es dort ist...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Wir brauchen auch keine Fluglinie.*

GR. **Schmalhardt:** Haben wir nicht, Gott sei dank, lieber Walter. Also bitte, das ist eine andere Geschichte, aber wir sind ganz stolz auf die SPÖ, dass sie da bei uns war und im Aufsichtsrat der Stadtwerke richtig abgestimmt hat, danke schön (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Jetzt möchte ich nur noch etwas zu Finanzierungsmethoden und Grazer Stadtwerken sagen. Der Abgang des Verkehrs ist durchaus groß, das Loch,

das uns insgesamt übriggeblieben ist, beträgt sieben Millionen. Es gibt eine ganz, ganz klare Regelung, die angedacht ist, nämlich den Flughafen, der eine Eigenkapitaldimension gehabt hat wie kein Unternehmen fast in ganz Österreich, bis zum einem Drittel auch Gewinne abzuschöpfen, weil wir haben das ja schließlich und endlich erst kaufen müssen und deswegen steht es, glaube ich, der Mutter auch zu, ein bisschen ein Geld...

*Zwischenruf GR. Schmalhardt unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, du sollst auf das Drittel schauen, ich schaue auch drauf, keine Sorge, weil da sind wir sehr bemüht drum. Nur noch einmal, in der gesamten Finanzierung, die der Herr Dr. Getzinger auch angesprochen hat, in dieser Gesamtfinanzierung war auch immer dabei eine Handlung, die wir gesetzt haben, damit wir uns überhaupt die Dinge, die ich vorhin aufgezählt habe, leisten haben können und dass wir jetzt über Ausbauten reden kann, weil woher haben wir jetzt das Geld für den Feinstaubfonds, wo haben wir jetzt den Verkehrsfonds de facto her, den haben wir nur, weil wir einen Prozess gestartet haben, damit das Land Steiermark und die Stadt Graz jetzt ein gemeinsames Unternehmen haben. Also dass die Estag Eigenkapital hat, da kann ich nur lachen, weil da musst du einmal die Bilanzen dort oben lesen, die Grazer Stadtwerke haben jetzt wieder ein Eigenkapital, weil das war auf Null. Jetzt haben wir wieder eines und zwar ordentlich viel und dadurch...

*Zwischenruf unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, dort liegen einmal hunderte Millionen, ja, die wären sonst nicht da gewesen und jetzt passiert im Übrigen auch das, und davor haben wir damals schon gewarnt, dass die Energiepreise nach unten gehen werden. Und wenn die Energiepreise nach unten gehen werden, dann freut man sich pro individuellem Haushalt, aber volkswirtschaftlich gesehen wird uns bei unserem Energieunternehmen und letztendlich damit auch beim Verkehrsunternehmen eine Menge Geld wieder fehlen, mit dem wir den Verkehr finanziert haben und dann werden wir uns noch klarer zu einer neuen Abgabe bekennen müssen, weil in den letzten Jahrzehnten hat es ja immer ganz gut funktioniert, dass wir in den paar Cash-Bereichen, die wir hatten, zum Verkehr hinüberschieben konnten innerhalb des Unternehmens, das wird wegfallen, weil jeder weiß, wenn die Strompreissenkungen kommen, was das bedeutet, da werden uns noch einmal rund sieben bis neun Millionen Euro bei den Stadtwerken fehlen für den öffentlichen Verkehr und das sagt meistens niemand dazu, wenn es um das Senken von den Wohnungskosten geht.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Zunächst eine generelle Feststellung, meine Damen und Herren. Ich glaube, wir sollten uns insgesamt zurückhalten damit, andere Städte schlecht zu machen. Sei das Chicago oder Istanbul, wie das in Wien passiert ist mit Plakaten, Wien darf nicht Chicago werden, Wien darf nicht Istanbul werden, sei das St. Petersburg oder Leningrad, wie es früher geheißen hat. Zumal, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich habe die Freude gehabt, sowohl Leningrad sehr genau kennen lernen zu dürfen durch einige Besuche und Kontakte als auch St. Petersburg sehr gut kennen lernen zu dürfen, bin gerade in nächster Zeit wieder in St. Petersburg und ich kenne das Problem, das Sie angesprochen haben, nämlich, dass die Schieneninfrastruktur der Straßenbahnen in St. Petersburg inferior ist, katastrophal ist und hier wirklich Hilfe angebracht ist, nämlich der internationalen Gemeinschaft. Ich sage Ihnen aber andererseits, dass der öffentliche Verkehr (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) in Leningrad wirklich perfekt funktioniert hat. Das ist einer der wenigen Nachteile und ich bin bei Gott kein Freund des Kommunismus, im Gegenteil, ich habe mehrere Büsche schon ausgefochten, damals noch als Student, mit dem Kommunisten Studentenverband, also bin hier sehr unverdächtig, glaube ich, aber das ist einer der wenigen Nachteile,



der tatsächlich mit der recht brutalen Liberalisierung öffentlicher Infrastruktur im Osten passiert ist, dass nämlich der Straßenbahnverkehr, wie insgesamt der öffentliche Verkehr, in diesen Staaten am Zusammenbrechen ist. Hat aber, wie gesagt, mit der Wirtschaftsform eher im gegenteiligen Sinn etwas zu tun, als Sie das intendiert haben. Der Kommunismus hat auf diese öffentlichen Infrastrukturen sehr intensiv geachtet. Die nächsten vier Projekte im Bereich der Straßenbahnen stehen uns bevor, stehen vor der Haustür. Stadtrat Rüschi hat es angekündigt, noch vor dem Sommer hier in den Gemeinderat zu kommen mit den nächsten vier großen Projekten im Schienenverkehrsbereich in der Stadt Graz, nämlich Innenstadtentflechtung, 7er-Verlängerung, die Linien in den Grazer Westen und der Bahnhof. Die Linie in den Grazer Westen könnte Ansatzpunkt sein für eine Integration mit der GKB, also ein Ansatzpunkt für ein Gespräch mit dem Bund, weil das über die Grazer Stadtgrenzen hinausgeht. Werden sehen, ob wir hier erfolgreich sind. Herr Bürgermeister, Sie haben sich vielleicht zurecht geärgert, weil ich das harte Wort verantwortungslos, jetzt müssen Sie tatsächlich zuhören, es tut mir Leid, weil ich es persönlich auf Sie beziehe, ein wenig geärgert, weil ich das vielleicht etwas harte Wort verantwortungslos verwendet habe in Bezug auf Sie. Vielleicht ist es einfach der Ärger darüber, und ich komme noch zu den Emotionen in der Politik, vielleicht doch der Ärger darüber, dass Sie als Hauptverantwortlicher in dieser Stadt, als Vertreter der hauptverantwortlichen Partei so wenig sagen zur Finanzierung dieser Projekte. Wie gesagt, dieser Antrag von Stadtrat Rüschi, der sich bezieht auf die nächsten vier großen Projekte im Schienenbereich, wäre wirklich gute Gelegenheit, auch ein Wort zur Finanzierung dieser Projekte zu sagen, vor dem Sommer wäre durchaus möglich.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Er schiebt seine Verantwortung auf oder wie?***

Dr. **Getzinger**: In bester Akkordierung natürlich mit dem Finanzreferenten, aber meine Damen und Herren, ohne neue Quellen, lieber Peter, werden wir es nicht

heben und das weißt du so gut wie ich. Und es gibt ja auch schon bereits dieses grundsätzliche Bekenntnis auch der ÖVP zu diesen neuen Quellen. Sie müssen nur konkretisiert werden und sozusagen hier erwarte ich mir einfach die Initiative und auch den Mut zur Verantwortung. Mut kann man natürlich nicht kaufen, wie der Herr Vizebürgermeister richtig festgestellt hat, den Mut zur Verantwortung in diesem eher weniger populären Bereich, wenn es eben um zusätzliche Einnahmenquellen geht. Ich weiß schon, wir stehen vor Landtagswahlen und die Frau Landeshauptmann soll mit solchen unschönen Gedanken wie zusätzliche Einnahmenquellen, zusätzliche Steuern/Abgaben nicht belastet werden, aber wir werden nicht drum herum kommen. Auch kurzfristig werden wir nicht drum herum kommen, denn diese vier neuen Projekte wollen auch finanziert werden und wir werden es aus dem Stadtsäckel nicht leisten können. Nun noch kurz zu den Emotionen, hier halte ich es mit dem Max Weber, den Sie auch sicherlich kennen, da geht es nämlich in der Politik bei ihm, wenn ich mich richtig erinnere, um das beharrliche Bohren harter Bretter mit Leidenschaft, Herr Bürgermeister, mit Leidenschaft (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr gut. Leidenschaft gefällt mir viel besser als Zorn und da habe ich auch gemeint, es würde Ihrer Gesundheit nicht zuträglich sein, aber wenn Sie das als Spektrum dazuzählen, ich möchte es nicht tun. Wichtig nur bitte noch einmal zur Kategorie Mut, Sie werden, wenn Sie das ein bisschen die letzten Jahre zurückverfolgen, immer wieder draufkommen, dass bei Preissteigerungen gerade die Grazer Volkspartei und ich auch als Finanzreferent und dann auch als Bürgermeister, wenn sie gerechtfertigt waren, immer ja gesagt habe, wobei manche noch kurz vorher das Flattern bekommen haben und dann wieder umgefallen sind. Auch bei unseren Stadtwerkebereichen für Verkehrsbereichserhöhungen im Energiebereich, im Wasserbereich, wir haben das immer wieder mitgetragen, weil es sein muss, bei inflationären Bereichen kann man nicht einfach wegschauen. Die Finanzierung unserer Straßenbahnbereiche, die wir jetzt machen, schwer genug für den Finanzreferenten Riedler und auch für mich und für die gesamte Stadtregierung, bei dem Sparpaket, das wir uns zu verordnen haben, bei den Summen, die uns insgesamt fehlen, zu sagen, wir haben da noch einen Reservefonds, auf den habe ich aber hingewiesen, dieser Reservefonds ist geschaffen worden, Gott sei Dank,

weil sonst hätten wir momentan gar nichts mehr. Das war das, was ich als Finanzstadtrat mit- und vorgedacht habe, das ist da und was wir auch gemacht haben, aber leider noch keinen Durchbruch haben, und das liegt nicht nur allein in Händen der Volkspartei, sage ich auch auf Bundesebene und auch auf Landesebene, Gerhard Rüscher hat es schon betont, ist, dass wir auch von den Verkehrsreferenten des Landes und des Bundes ernst genommen werden müssen. Und natürlich musst du dich immer wieder anstellen, du musst um Projekte kämpfen, gute Projekte, und das habe ich eingangs gemeint mit professionell vorbereitet. Gute Projekte wie HL-AG, und mir tut das auch unheimlich weh, dass im Projekt noch drinnen ist die Flughafenbindung, aber die Finanzierung herausgenommen worden ist, bei dem Treffen da in Kärnten, das hat wehgetan, weil da geht es vielleicht auch ein bisschen um eine Revanche Grazer Flughafen, Kärntner Flughafen und Sonstiges, das tut schon weh. Aber wir stellen uns an und im Moment haben sowohl im Bundesministerium als auch in der Landesregierung die Verantwortlichen einmal unsere Straßenbahnverlängerungen in der Schublade oder auf dem Tisch liegen. Was mir noch fehlt, ist der visionäre Zugang, wie wir es wirklich schaffen, an dem arbeiten wir und wir werden das dann einfordern. Je geschlossener wir sind, umso mehr werden wir da kriegen, je mehr wir streiten, um so mehr werden wir abgetan, einigt euch einmal darüber, weil wenn du eine 6er-Linie dir im Bund herausverhandeln willst, ist es schwer genug, und sowohl der Kollege Walter Ferk als auch der Kollege Riedler werden genauso mit mir in Wien vorstellig werden müssen, wenn es um die Gesamtfinanzausstattung der Stadt Graz geht und da wird der Bereich des Verkehrs auch eine große Rolle spielen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zuletzt haben Sie recht moderat jetzt wieder gesprochen und ich möchte deswegen auch nicht mehr näher auf Ihre, muss ich sagen, plumpe antikommunistische Propaganda da eingehen, weil Sie brauchen wirklich nicht fürchten, dass wenn es jemals zur Einführung der Nahverkehrsabgabe kommen sollte, deshalb eine Diktatur des Proletariats in Graz entsteht oder die Herrschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter entstehen würde (*Applaus KPÖ*).

*Zwischenruf GR. Dr. Piffel-Percevic: An das haben wir ja noch gar nicht gedacht.*

GRin. **Kahr:** Also das denke ich, da fürchten Sie sich umsonst und ich muss Ihnen auch eines sagen: Sprechen Sie mit dem ehemaligen Herrn Stadtrat Strobl und, leider lebt er nicht mehr, auch der ehemalige Vizebürgermeister Edegger sind begeistert von Italien zurückgekommen, wo in Städten, wo es kommunistische Bürgermeister und Bürgermeisterinnen gegeben hat, einen vorbildlichen öffentlichen Verkehr es gegeben hat und die haben uns...

*Zwischenruf unverständlich.*

GRin. **Kahr:** Ich kann dir eines sagen, wir werden eine Gelegenheit haben, den Stadtrat Strobl auch, die sind begeistert zurückgekommen und haben das Bussystem, die Bevorrangung des Bussystems hat der ehemalige Vizebürgermeister Edegger hier in Graz übernommen und die haben sich sehr, sehr positiv über die Politik ausgesprochen. Das möchte ich Ihnen einmal sagen.

*Zwischenruf unverständlich.*

GRin. **Kahr:** Ich weiß, du hast sowieso oft ein bisschen ein schlechtes Gedächtnis, aber das hat eigentlich mit diesem Antrag jetzt alles nichts zu tun, der eigentlich sehr knapp, bewusst knapp gehalten ist, weil wir halten nichts von seitenweisen Romanen. Der Antragstext ist ganz klar, die KPÖ ist auch keine Partei, die das

konjunkturmäßig immer nur vor Wahlen fordert, sondern wir fordern das seit Anfang der 80er-Jahre, die Einführung der Nahverkehrsabgabe und es hat uns sehr gefreut, dass Anfang der 90er-Jahr es hier auch einen Konsens im Haus dazu gegeben hat, deshalb wundert mich diese heutige Aufregung sehr und ich kann mir die Haltung der ÖVP eigentlich nur mehr damit erklären, dass sie halt jetzt heute hier ausschert, weil in ihrer Partei offensichtlich nur mehr die Wirtschaftskammer das Sagen hat und sie auf andere Bereiche nicht mehr Rücksicht nimmt (Applaus KPÖ). Ich möchte mich aber wirklich ganz, ganz herzlich bei den Mandatarinnen und Mandataren der SPÖ und den Grünen bedanken, die mit wertvollen Argumenten und Beiträgen diesen Antrag unterstützt haben und ihm wahrscheinlich, so hoffe ich, auch zu einer Mehrheit hier im Hause verhelfen werden. Danke (Applaus KPÖ).

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.*

### **3) Alt-Grottenhof**

GR. Mag. **Candussi** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Candussi**: Werte Kolleginnen und Kollegen, grüß Gott, Frau Werthan, lange nicht gesehen, ich habe gedacht, wir werden uns nicht mehr aus solchen Anlässen hier sehen, aber es ist leider notwendig. Seit dem Jahr 1867 ist (mit wenigen Unterbrechungen) auf dem Areal der Krottendorferstraße 110 die Land- und Forstwirtschaftliche Fachschule Alt-Grottenhof beheimatet. Durch die Bewirtschaftung einer landwirtschaftlichen Nutzfläche im Ausmaß von rund 45 Hektar ist es den jeweils Verantwortlichen der Schule im Laufe der Jahrzehnte gelungen, das beliebte Gelände südlich und nördlich des Bründlbaches zu einem

außergewöhnlichen und für alle Grazerinnen und Grazer zugänglichen Landwirtschaftspark weiter zu entwickeln. Neben der Acker- und Grünlandbewirtschaftung leistet die Fachschule auch in den Bereichen der Stall- und Viehwirtschaft, der Waldbewirtschaftung sowie der Verarbeitung und Direktvermarktung ihrer Produkte ausgezeichnete Arbeit. Seit 1991 sogar als anerkannter Biobetrieb und unter mehrfacher Auszeichnung einzelner ihrer Produkte.

Das Areal rund um die Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof ist nicht zuletzt deshalb einzigartig. Täglich bietet es hunderten erholungs- und ruhesuchenden Grazerinnen und Grazern ein weitläufiges Angebot zum Laufen, Radfahren, Spaziergehen oder einfach nur zum Verweilen. Alt-Grottenhof ist mit seinen Wiesen und Äckern aber nicht nur ein Naherholungsgebiet für die Menschen, sondern auch ein Lebensraum für Wildenten, Hasen, Fasane, Rehe, Falken und andere Tiere, die es so zentral in der Stadt eigentlich nirgends gibt und das auch dank der biologischen Bewirtschaftung des Areals und des intensiven Heckenbaus. Zum Zweck der Erhaltung seiner besonderen landwirtschaftlichen Schönheit und Eigenart, seiner seltenen Charakteristik und seines Erholungswertes wurde das Gebiet im Jahr 1981 von der Steiermärkischen Landesregierung sogar unter Landschaftsschutz gestellt.

All diese Faktoren waren schon vor fünf Jahren beinahe nicht ausreichend, um eine Zerstörung dieses Kleinods zu verhindern. Damals gelang es einer höchst engagierten BürgerInneninitiative unter Anführung von Frau Werthan, die ich schon begrüßt habe, mit unserer Unterstützung und rund 20.000 Unterschriften fassungsloser Grazerinnen und Grazer, den Bau von zwei Trainingszentren für die Grazer Bundesligaklubs gerade noch zu verhindern. Man hätte meinen wollen, es war die Vernunft, die damals gesiegt hatte. Irrtum, wie wir heute wissen, denn das nächste Projekt liegt bereits auf dem Tisch. Sechs Freiplätze, vier Hallenplätzen, Parkplätze und ein Zubau zum Hotel Paradies sind als Nachwuchszentrum für junge TennisspielerInnen im Gespräch und es wäre nichts Schlimmes dieses Projekt, wenn es nicht ausgerechnet auf diesen Flächen stattfinden sollte, die vor fünf Jahren mühsam von den Grazerinnen und Grazern als Grünland erhalten wurden.

Und offenbar wurde wieder einmal nach einem bereits sattem bekannten Schema vorgegangen, es zeichnet sich irgendwie ab, dass es auch diesmal wieder so war,

das den Betreibern des Projekts zuerst seitens des Landes Steiermark und möglicherweise auch in der Folge auch seitens der Stadtregierung signalisiert: „Burschen, des mach ma schon!“. Also ein Muster, das wir kennen, aus Spielberg, ein Muster, das wir jetzt kennen aus Herberstein, ein Muster, das wir auch kennen vom Fußballtrainingszentrum, wo es geheißen hat, das machen wir, die Stadtregierung hat sich mehrheitlich durchgerungen und ist dann draufgekommen, dass man eigentlich etwas anders wollte. Und was soll's, dass dazu die Zustimmung einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Gemeinderat nötig sein wird? Was soll's, dass man damit den Bestand der erfolgreichen Schule in Frage stellt?

Bereits einmal hat sich, wie bereits erwähnt, die Bevölkerung klar für den Erhalt des Naherholungsgebietes und für den langfristigen Bestand der Schule ausgesprochen, bereits einmal haben sich die BefürworterInnen eines Großprojektes auf diesen Flächen kalte Füße geholt.

Bereits einmal musste eine BürgerInneninitiative aktiv werden, um den Verantwortlichen auf den Regierungsbänken in Stadt und Land klar zu machen, was sich die Bevölkerung im Westen von Graz wünscht, nein, was die Bevölkerung in den Bezirken Straßgang und Wetzelsdorf braucht!

Wenn Sie, werte Kolleginnen und Kollegen meinen, dass all das noch einmal passieren soll, wenn Sie meinen, dass Sie diese Erfahrung unbedingt noch einmal durchmachen sollen, vor allem die, die es damals nicht mitgemacht haben, weil sie noch nicht da waren, wenn Sie das also wirklich noch einmal mitmachen wollen, dann sollten Sie meinem Antrag ihre Zustimmung verweigern.

Wenn Sie allerdings aus der Geschichte der Fußball-Trainingszentren gelernt haben oder die zumindest nachvollzogen haben und wenn Ihnen das Vertrauen der Straßganger und Wetzelsdorfer Bevölkerung und deren Lebensqualität ein Anliegen ist, dann sind wir alle gut beraten, diesen Antrag anzunehmen.

In diesem Sinne stelle ich sowohl namens der Gemeinderatsfraktion der Grazer Grünen und namens, darf ich jetzt nicht sagen, des Martin Khull-Kholwald, aber weil er einen Antrag in dieser Form nicht unterstützten darf, aber in seinem Sinne, er hat

gesagt, er legt Wert darauf, erwähnt zu werden als einer, der den Antrag vollinhaltlich unterstützt, den

### **d r i n g l i c h e n A n t r a g :**

1. Der Gemeinderat bekennt sich zu dem Areal südlich des Bründlbaches bis zur Martinhofstraße und nördlich des Bründlbaches bis zur Grottenhofstraße als einen wertvollem und schutzwürdigem Naherholungsgebiet tausender Grazerinnen und Grazer,
2. der Gemeinderat sieht darüber hinaus die Notwendigkeit, die von der Land- und Forstwirtschaftlichen Fachschule Alt-Grottenhof biologisch bewirtschafteten Böden für den Fortbestand der Schule vollständig zu erhalten.

Den dritten Punkt musste ich leider streichen, weil der Gemeinderat sich nicht mit einfacher Mehrheit für eine Flächenwidmungsplanerhaltung einsetzen kann, deshalb streiche ich diesen Punkt und ergänze ihn und sage, der Gemeinderat beauftragt das Stadtplanungsamt mit der Suche nach alternativen Standorten für das geplante Tennisprojekt und ich denke, so wie es auch bei den Fußballtrainingszentren war, könnte sich damit eine Lösung abzeichnen, wo man im Nachhinein feststellt, für den GAK war es in jedem Fall die bessere Lösung als die, die ursprünglich angedacht wurde und erst recht für Straßgang und Wetzelsdorf. Dass das Sturm-Trainingszentrum nicht realisiert wurde, liegt nicht am Widerspruch der Bevölkerung, sondern wie wir wissen, im internen Bereich und den Finanzen des SK Sturm. Ich ersuche insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, sich an die Geschichte zu erinnern. Tatjana Kaltenbeck, glaube ich, war es, war die Erste, die in der Grazer Stadtregierung in dieser Sache wirklich umgedacht hat, erinnern wir uns an die Trainingszentrengeschichte, es hat wirklich unzählige Anträge, Anläufe etc. meinerseits gegeben. Gemeinsam mit der KPÖ waren wir einigermaßen allein. Tatjana Kaltenbeck war die Erste, die dann den Mut gehabt hat, die vorgeblich unpopuläre Entscheidung gegen die mächtigen Präsidenten anzugehen, hat sich massiv hinter die Landwirtschaftsschule Grottenhof gestellt und Tatjana, ich glaube, du kannst bestätigen, die Dankbarkeit war einigermaßen groß. Ich denke mir, wir



könnten diesen Lernprozess, der damals stattgefunden hat, diesmal abkürzen, indem wir diesen Antrag gleich mit der entsprechenden Mehrheit ausstatten (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GRin. **Bergmann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, lieber Hermann! Ich bin wirklich sehr froh, dass du diesen Antrag heute gestellt hast. Es besteht einfach wirklich die größte Notwendigkeit, ein so tolles Naherholungsgebiet für die Grazer und Grazerinnen und auch ein landwirtschaftlich genutztes Freiland zu erhalten. Nicht nur für die Nutzung der Menschen aus ganz Graz und nicht nur für die Bevölkerung aus den Bezirken Straßgang und Wetzelsdorf, ich bin nämlich selbst dort zweimal in der Woche unterwegs und es herrscht dort nicht nur an den Wochenenden Hochbetrieb, sondern täglich suchen die Menschen dort Erholung. Aber ich möchte noch ein anderes Argument anführen, das mir wichtig erscheint, dieses Freiland zu erhalten. Gerade in den Bezirken Straßgang und Wetzelsdorf sind auf Grund des starken Verkehrsaufkommens, wir haben hier zwei Einfahrtsstraßen, die Kärntner Straße und die Straßganger Straße, ist dieser Bezirk mit einer sehr schlechten Luftgüte gesegnet. Mit der Verbauung dieses Areals um die Bründlteiche, wenn man das miteinrechnet mit den bereits beschlossenen Bebauungsplänen, da geht es von der Metro dann bis hinauf, fast in die Mitte nach Wetzelsdorf, wird in den nächsten Jahren dort das gesamte Freiland verbaut werden und das wäre wirklich zu überdenken. Die Bebauungspläne für Wohnbauten in dieser Gegend wurden bereits vor Jahren beschlossen. Die Bebauung wird im heurigen Jahr und im nächsten Jahr dort in der Nähe auch schon stattfinden. Unserer Meinung nach ist es daher unbedingt notwendig, diese Freiflächen für alle Grazerinnen und Grazer uneingeschränkt zu erhalten und eine Abänderung des Flächenwidmungsplanes von Freiland in Bauland, um dieses geplante Trainingsprojekt hier zu ermöglichen, strikt abzulehnen. Aus diesem Grund ist die KPÖ für die Dringlichkeit dieses Antrages und sie wird dem Antrag auch vollinhaltlich zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Krampl:** Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht auf die Intentionen von Hermann Candussi eingehen im Konkreten, was das Projekt oder den Wunsch der seitens der Betreiber vorliegt, dort eine Tennisakademie zu errichten, auf das möchte ich nicht eingehen. Mir geht es grundsätzlich um die Frage, ob das Instrument des dringlichen Antrages für derartige Fälle das richtige ist. Ich glaube es nicht. Wir haben gerade im Bereich der Raumordnung mehr Instrumente zur Verfügung als in sämtlichen anderen Bereichen. Wenn der Gemeinderat eine Umwidmung beschließen möchte, dann kann er das tun oder er kann es nicht tun. Es sind zwei Beschlüsse für eine Umwidmung notwendig, jeweils mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Ich sehe nicht ein, warum wir uns heute als Gemeinderat, egal um welches Projekt es geht und worum es zukünftig gehen wird, warum wir uns als Gemeinderat heute selbst fesseln sollen und selbst sagen, nein, wir sagen schon heute nein, damit wir dann auch nein sagen können. Also, ich oder wir als SPÖ-Fraktion haben soviel Vertrauen zu uns selbst, dass wir auch dann, wenn das Projekt ansteht, eine seriöse Entscheidung treffen werden und uns konkret mit einem Projekt auseinandersetzen werden und konkret abwägen werden immer im Sinne der Lebensqualität für die Bevölkerung. Aber mir geht es auch um eines, warum ich heute nicht bereit bin oder unsere Fraktion nicht bereit ist, dieser Dringlichkeit zuzustimmen, abgesehen davon, dass ich einfach keine Dringlichkeit sehe, der Gemeinderat, also im Antrag steht, der Gemeinderat bekennt sich zum Areal als schutzwürdiges Nahverholungsgebiet. Ja, wir bekennen uns dazu, aber wo ist die Dringlichkeit? Wir haben uns vorgestern dazu bekannt, vorgestern und wir werden uns morgen dazu bekennen, warum ist es heute dringlich? Wir sehen auch die Notwendigkeit, dass der Fortbestand der Schule, dass die Schule bestehen soll, aber es liegt teilweise auch nicht in unserer Macht und in unserer Entscheidung, also wo ist hier die Dringlichkeit gegeben? Aber abgesehen davon, dass dieser Antrag nicht dringlich ist, geht es mir oder geht es uns als Sozialdemokraten auch, wie soll ich sagen, um einen gewissen fairen Umgang mit potentiellen Investoren, mit potentiellen Ideengebern, die einfach in der Stadt Graz etwas vorhaben. Und ich finde es einfach, sage ich einmal, seriös und angebracht, dass man Jedem eine Chance gibt, sein Objekt oder sein Projekt zu prüfen, einer genauen Prüfung zu unterziehen und dann zu urteilen, ob ja oder ob nein. Mich wundert es ja ehrlich gesagt, dass Hermann Candussi heute nur einen dringlichen Antrag eingebracht hat, weil normalerweise könnte ja, wenn es danach geht, wie viele Anträge in der Stadtplanung aufliegen, wie viele Wünsche und Ideen

vielleicht in den Köpfen für Projekte in den Köpfen von Leuten stehen, die in Graz was errichten möchten, dann würde sicher Potential genug sein für 30, 40 dringliche Anträge, vielleicht einmal von dir, einmal von der ÖVP, einmal von uns, wo wir von vorneherein schon sagen, nein, das wollen wir nicht. In diesem Sinne nein zur Dringlichkeit, weil die Dringlichkeit nicht gegeben ist und Sie können sicher sein, alle, auch die Frau Werthan, dass wir uns ganz, ganz seriös mit diesem Thema auseinandersetzen werden und keineswegs bereit sind, leichtfertig Grünraum zu vernichten und auf jeden Fall oberste Priorität auf die Lebensqualität der Menschen in Graz legen. Danke (*Applaus SPÖ und ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte mich auch gleich zur Dringlichkeit namens der ÖVP-Fraktion melden. Ich habe mir in den letzten Stunden einiges angetan und meiner Mannschaft, indem ich gesagt habe, ich würde ganz gerne einmal wissen, was wird denn dort überhaupt geplant, weil jetzt sind wir schon wieder so wie bei der Stadtparkdiskussion unterwegs, es wird einmal gleich von vorneherein gesagt, nein, und da müssen wir uns schon festlegen und da geht es gar nicht so sehr darum, fair zu sein und jemandem eine Chance zu geben, sondern wir leben in einem Rechtsstaat und in diesem Rechtsstaat ist es notwendig, dass jeder Grundstücksbesitzer ein Recht auf ein Verfahren hat. Und wenn das Land Steiermark vor eineinhalb Wochen an uns herangetreten ist auf Umwidmung dieser Flächen, dann werden wir uns damit zu beschäftigen haben. Wir glauben nicht, dass es dringlich ist, weil es gibt zuerst die Gespräche und die Verfahren mit unseren Beamten, danach gibt es die Möglichkeit hier eine Auflage, das muss einmal eingebracht werden und dann kommen wir erst zum eigenen Beschluss, das ist die Vorgangsweise, die Sie alle kennen. Ich werde Ihnen jetzt aber ein paar Mitteilungen noch machen, es war ja ganz schwer, überhaupt einmal herauszufinden, um was geht es denn eigentlich. Das Land Steiermark, die Fachabteilung für landwirtschaftliches Schulwesen, hat vor eineinhalb Wochen im Stadtplanungsamt ein Planungsinteresse für die Errichtung des Projektes Musterland Steiermark mit Tennisplätzen und einer Tennisakademie abgegeben. Seither werden zwischen den Interessenten und dem Stadtplanungsamt Gespräche über diese Planungsinteresse geführt. Das zirka fünf Hektar große Areal, eine Teilfläche der landwirtschaftlichen

Schule, ist derzeit landwirtschaftlich genutzt, im Übrigen auch nicht immer alles benutzbar und begehbar, weil ja auch landwirtschaftlich Flächen nicht immer betretbar sind, und durch das jetzt abgegebene Planungsinteresse ist laut Auskunft der Fachabteilung der Betrieb der landwirtschaftlichen Fachschule auf keinen Fall gefährdet. Da geht es nicht darum, das gesamte Gebiet dort zu verbauen, sondern auch unter Beiziehen von Landschaftsplanern und vielen mehr ein Projekt zu entwickeln. Derzeit ist es aber alles in einem Prüfungsstadium und nicht mehr. Und jetzt sage ich noch was zum Thomas-Muster-Land, weil das wollten wir eigentlich auch einmal genau hinterfragen, um was geht es denn da? Dieses Thomas-Muster-Land wird vom Österreichischen Tennisverband getragen und stellt europaweit einen einmaligen Weg da, im Nachwuchsbereich ein Ausbildungszentrum mit allen idealen Trainingsbedingungen für aufstrebende Tennisjugend zu schaffen. Die Jugendlichen erhalten einen Schulabschluss, für den Breitensport sind von dieser Initiative große Impulse zu erwarten. Es wurden bereits Tests mit 6000 Schülerinnen und Schülern durchgeführt, die Resonanz ist bereits sehr groß und Graz liegt als Standort dieser Ausbildungsstätte ideal in dem europäischen Dreieck mit Österreich, Italien, Slowenien, Kroatien und mehr. Vergleichbares gibt es im Übrigen nur in Spanien, dort ist die Emilio-Sanchez-Schule und wir wissen, welchen Stellenwert Spanien mittlerweile im Tennissport erreicht hat, um dieses Projekt geht es. Ich glaube, dass auch das, was Hermann Candussi gesagt hat, wirklich ernst genommen werden soll, das werden wir auch tun, nämlich drüber nachzudenken, wo kann überall eine solche Geschichte stehen. Vielleicht wird sie dann auch dort gar nicht stehen und die Dringlichkeit müssen wir deswegen ablehnen, weil, und deswegen kommt dieser Punkt 3), den du jetzt quasi dann ausgelassen hast, gar nicht in Frage; ich hätte ihn auch gar nicht zulassen dürfen, weil wir in einem laufenden Verfahren nicht vorweg im Gemeinderat, so etwas hätte es noch nicht gegeben und darf es auch nicht geben, schon kategorisch nein sagen, sondern wir haben ein ordnungsgemäßes Verfahren durchzuführen, ganz egal ob das eine natürliche Person, eine Rechtsperson, eine Gebietskörperschaft ist. Wir werden das Thema alle ernst nehmen, wir wissen alle, welche Diskussionen es dort schon gegeben hat und es geht dort keinesfalls aus meiner Sicht um Verbauungen, die dort quasi die Lebensqualität der Bevölkerung beeinträchtigen soll. Also wir lehnen sie ab (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Punkt eins, das Musterland soll sein, ich habe überhaupt kein Problem ich kenne so dieses Konzept der Bolitieri-Tennisakademien und etwa so etwas dürfte es sein. Das halte ich als Sportlehrer für durchaus sinnvoll. Nur wie gesagt, bitte nicht dort, wo wir vor fünf Jahren eine ganz interessante Erfahrung gemacht haben und ein wirklich klares Votum bekommen haben für den Erhalt des Areals in seiner Gesamtheit. Und es ähneln sich die Stimmen, die da rundherum gekommen sind, zum Großteil über die Medien, sehr mit denen, wie es bei den Trainingszentren war. Die erste Zeit hat es immer geheißen, von der Stadt ist nie irgendwas...zuerst hat man gesagt, man weiß gar nicht, dass es irgend so ein Projekt gibt, das war das Erste. Dann ist man draufgekommen, man weiß es eigentlich doch, weil der Antrag lag doch schon vor, dann hat es geheißen, aber beschlossen ist überhaupt nichts, wenn nicht der Fußballpräsident gesagt hätte, eigentlich hat er eh alle Zusagen, auch da war es jetzt irgendwie so, dass der Herr Straka als einer der Betreiber einem Journalisten gegenüber gesagt hat, er rechnet eigentlich mit der Zusage seitens der Stadt in einer Woche, weil ihm das seitens des Landes schon zugesagt worden ist, dass das glatt geht. Und jetzt mag schon sein...

***Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Gerüchteküche.***

Mag. **Candussi**: Das ist genau immer die Geschichte, lieber Herr Bürgermeister, das ist aber genau die Geschichte, die Erfahrung, die wir gemacht haben, wie in diesem Land und leider manchmal auch in dieser Stadt Politik gemacht wird, mit Versprechungen. Schauen wir nach Spielberg, schauen wir nach Herberstein (*Applaus Grüne*), was sich dort abspielt, dort sind auch Versprechungen gemacht worden, die die Leute eigentlich so gar nicht machen hätten dürfen und es hat immer geheißen, das werden wir schon machen und die Aufregung darum könnten wir uns sparen, wenn wir ein für allemal sagen und erklären im Gemeinderat, liebe Leute, wir wollen eine Tennisakademie in Graz, aber denkt bitte nicht dabei an dieses Areal, das ist weder sittenwidrig noch sonst was.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir würden uns jede Aufregung ersparen, wenn wir ein ordnungsgemäßes Verfahren haben.*

Mag. **Candussi:** Lieber Herr Kollege, die Aufregung ist dann besonders künstlich, wenn man mit Leuten redet, die den Schulbetrieb sehr genau kennen, die halt nicht aus der Schulabteilung des Landes kommen, sondern vielleicht in der Schule tiefer verwurzelt sind und die sehr klar sagen, nur dürfen sie es leider nicht ganz öffentlich sagen, Sie wissen, dass der Bestand der Schule sehr wohl gefährdet ist, wenn diese fünf Hektar weg sind, weil sich der Betrieb nicht ausgeht. Und auch diese Debatte haben wir bei den Fußballtrainingszentren schon gehabt, wo es geheißen hat, das betrifft die Schule überhaupt nicht. Tatsächlich wissen wir, dass es ein rivalisierendes Verhältnis zwischen zwei landwirtschaftlichen Schulen gibt.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Und der Gemeinderat soll sich hineinmischen?*

Mag. **Candussi:** Und der Gemeinderat soll sich, Herr Kollege, genau deshalb in diese Sache einmischen, weil für die Stadt Graz der Bestand der Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof einen ziemlichen Wert darstellt. Das ist eine Biolandwirtschaftsschule, die im städtischen Bereich in Österreich einzigartig ist und das sind einige Arbeitsplätze...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ich kenne die Schule, sie ist hervorragend.*

Mag. **Candussi**: Ja eben. Aber ich meine, dass die beiden großen Fraktionen mit Schulschließungen weniger Probleme haben als wir, das haben wir in der letzten Zeit gemerkt.

*Zwischenruf GRin. Potzinger: Ist ein Blödsinn.*

Mag. **Candussi**: Ich möchte Sie nicht beim Wort nehmen müssen, wenn es um die Schulschließung geht, aber ich werde Sie daran erinnern, wenn es so weit kommen sollte und der Antrag zielt darauf ab, es nicht soweit kommen zu lassen. Nach all den Erfahrungen, die wir vor fünf Jahren, Sie und ich, damals schon gemeinsam, liebe Kollegin Potzinger, in diesem Hause gemacht haben, es war damals nicht nur Tatjana Kaltenbeck, die war die Erste, es war in letzter Konsequenz sogar unsere Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, die erkannt hat, was da unten los ist und die knapp vor der Landtagswahl dieses Projekt dann doch zum Stoppen gebracht hat. Ich erinnere beider großen Fraktionen in diesem Haus an die Erkenntnis, die damals gemacht wurde, die Erinnerung ist offensichtlich notwendig. Möglicherweise ist sie heute umsonst, ich weiß, sollte der Antrag nicht durchgehen, sollte tatsächlich da unten was geplant werden, dann verspreche ich Ihnen, und die Frau Werthan verspricht es Ihnen wahrscheinlich auch, dann wird sich ziemlich Ähnliches abspielen, wie vor fünf Jahren und ich glaube...

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Vom Rechtsstaat haltest du nichts?*

Mag. **Candussi**: Bitte? Das hat mit Rechtsstaat sehr wohl zu tun, denn Eva, den Leuten vorher, auch den Betreibern vorher zu sagen, liebe Leute, eure Idee ist gut, aber bitte denkt sie woanders an, weil dieses Areal ist uns so wichtig, dass wir dort

nichts machen wollen. Und ich kann Ihnen trotzdem vorab, Eva, ist das so schwer zu verstehen, dass wir den Betreibern sagen können, bitte wir suchen gemeinsam nach einem anderen Standort, dort wollen wir es nicht.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.***

Mag. **Candussi**. Es wird andere Formen geben, das zu versuchen, euch klar zu machen, mit der Hilfe der Bevölkerung wird es hoffentlich, wenn es notwendig ist, gelingen, wir hätten es allein auch geschafft.

***Zwischenruf GR. Schönegger: Aufhetzen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, noch einmal, ich erinnere daran, wir sind ein Rechtsstaat, jeder hat die Möglichkeit eines Verfahrens und dieses Verfahren kommt dran. Ich verstehe Ihren Ehrgeiz nach dem Motto „Wehret den Anfängen“, ist ein Wunsch, aber trotz alledem wird in Graz jeder Bauwerber und Jeder, der ein Grundstück hat, ein ordnungsgemäßes Verfahren bekommen und das werden wir nicht durch dringliche Anträge gleich einmal von vorneherein killen, weil das wäre in diesem Rechtsstaat eine Vorgangsweise, die ich nicht mitvertreten kann (*Applaus ÖVP*). Und Tennisplätze und Fußballplätze und die Gesamtverbauung, es stehen schon wieder so viel Dinge im Raum, ich würde ganz gerne die Fakten am Tisch haben, ich kenne das Projekt nicht einmal selber noch und dass die Schulen wunderbar geführt sind, wir stolz von Silberberg bis Alt-Grottenhof, dass das in den letzten Jahrzehnten wunderbar geklappt hat, dass die Landesräte eine Schulwelt da zustande gebracht haben, auf die sie auch stolz sind, freut mich persönlich auch und wir wissen, was wir wissen, was wir mit Alt-Grottenhof haben. Ich kann ja nicht mehr



tun, als die offizielle Stellungnahme von Alt-Grottenhof einholen und Sie sagen, es hat irgendjemand was behauptet, der es aber nicht öffentlich sagt, ich kann nur das wiedergeben in der Öffentlichkeit, was mir offiziell von Schule oder von der Behörde mitgeteilt wird, die dafür zuständig ist. Und alles andere werden wir ja in einem ganz ordnungsgemäßen Verfahren auch ohne Dringlichkeit abhandeln können, bitte darum, das ist alles, was wir da tun können (Applaus ÖVP).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der Dringlichkeitsantrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) Videoüberwachung im Universitätsviertel**

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Sickl**: Ich möchte heute einen dringlichen Antrag stellen betreffend Videoüberwachung im Universitätsviertel. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Probleme der Anrainer des Universitätsviertels sind allseits bekannt und ich habe eben heute schon einen Antrag gestellt betreffend Lärmmessung, und diverse andere Anfragen liegen bereits hier im Gemeinderat vor und werden seit mehr als einem Jahr von mir thematisiert. Die Situation hat sich – trotz des Versuchs einer Mediation – nicht verbessert.

Unzumutbare und gesundheitsbeeinträchtigende Schlafstörungen durch lärmend herumziehende Lokalbesucher, die schwere Sachbeschädigungen an Hausfassaden und abgestellten Fahrzeugen, Vandalenakte, erhebliche Umweltverschmutzungen, vor allem durch zerschlagene Flaschen und Gläser verursachen, sind nach wie vor

jedes Wochenende auf der „Tagesordnung“ und man hat es jetzt wieder einmal gesehen am Wochenende, wenn man in der Früh durch die Elisabethstraße fährt, es ist ein erschreckendes Bild, es liegen Zeitungen herum, es liegt Erbrochenes herum, also es ist eigentlich nicht schön anzuschauen.

Die Möglichkeit des Einsatzes von Videoüberwachung durch die Exekutive war in den letzten Monaten ein öffentlich heftig diskutiertes Thema. Wir haben auch im Gemeinderat diesbezüglich heiß gesprochen.

Die Stadt Villach zeigt schon seit 1993 einiges vor: Um dem Sicherheitsbedürfnis und dem Gefühl der Bevölkerung Rechnung zu tragen, wurde eine Videoüberwachung in der Lederergasse, das ist die Ausgehmeile der Villacher Jugend, installiert. Der Zielpunkt der Überwachung und Aufzeichnung befand sich bei der Bundespolizeidirektion Villach. Ab 2002, nachdem eben das Bundesministerium für Inneres seine Rechtsauffassung bekannt gab, wonach eine Datenermittlung zur Abwehr bloß wahrscheinlich gefährlicher Angriffe nicht zulässig ist, eine bloße Bildübertragung jedoch möglich ist, hat eben die Gemeinde beziehungsweise die Stadt Villach ab diesem Zeitpunkt die Aufzeichnung und damit auch das Zurverfügung-Stellen von benötigtem Bildmaterial selbst durchgeführt.

Villachs Vizebürgermeister zog Anfang März dieses Jahres eine positive Bilanz über die Auswirkung der Videoüberwachung.

Seit der Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes, wir wissen es alle, ist es nun möglich, ist es den Sicherheitsbehörden möglich, Bild- und Tonaufzeichnungen an öffentlichen Orten zur Abwehr gefährlicher Angriffe vorzunehmen.

Auch die Stadt Voitsberg setzt auf aktive Videoüberwachung. Das Ziel des Projektes in Voitsberg lautet: Permanente automatische Überwachung mit möglichst geringem Personalaufwand. Die Kameras werden dort so programmiert, dass nur bestimmte Vorfälle aufgezeichnet werden und aus mehreren Parametern automatisch eine kritische Situation erkannt werden kann und darauf reagiert werden kann.

Ich kann mir das Vorlesen auch ersparen...

***Zwischenruf unverständlich.***

Dr. Sickl: Sehr nett, werden wir das nächste Mal genauso reagieren, wenn andere Parteien Themen aufzeigen wollen, die ihnen wichtig sind, dass man auch dann so reagiert, nämlich mit absolutem Desinteresse, finde ich nicht ok, aber bitte. Ich fahre fort.

Ein bekannter Universitätsprofessor an der Uni Wien, der Universitätsprofessor Dr. Bernd-Christian Funk sagt klar über die Videoüberwachung durch die Gemeinde im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung, dass das erstens möglich ist und ich zitiere wörtlich aus einem Aufsatz: „Videoüberwachung in Ausübung privatrechtlicher Befugnisse kann sich auch auf öffentliche Orte beziehen. Mit der Videoüberüberwachung erfüllt der Betreibende eine Sicherheitsaufgabe, vergleichbar mit dem Streuen der Wege bei Glatteis.“

Auch das Bundesministerium für Inneres stellt auch klar fest, ich zitiere: „Insgesamt kann gesagt werden, dass Videoüberwachung an öffentlichen Straßen und Plätzen zur Verbesserung der inneren Sicherheit beitragen kann und ein vernetztes Zusammenwirken der mit Sicherheitsbelangen befassten Kräfte, also auch der Kommunen, eine wesentliche Voraussetzung für eine verbesserte Sicherheitslage und erhöhtes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung darstellt. Sicherheitsbehörden, Städte und Bevölkerung profitieren also gleichermaßen von dieser Sicherheitsstrategie.“

Der Artikel in der „Kleinen Zeitung“ vom 29. April 2005 mit der Überschrift „Kameras gegen Partylärm“ gibt Anlass zur Hoffnung.

Daher stelle ich folgenden

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, sich dafür einzusetzen, dass, so wie die im Motivenbericht bereits ausführlich dargestellte Situation in der Stadt Villach oder der Stadtgemeinde Voitsberg, im Universitätsviertel eine Videoüberwachung zur Prävention, und bitte nur zur Prävention, und ich lehne es ab, dass das jedes Mal in diese Big-Brother-Mentalität hineininterpretiert wird, installiert wird.

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Für die Grazer Volkspartei hat die Lebensqualität in unserer Stadt höchste und oberste Priorität. In einigen Teilen des Uni-Viertels hat sich vor allem am Wochenende die Wohnqualität durch Lärm und Schmutz gemindert. Uns ist es wichtig, genau diesen Problemen mit geeigneten Mitteln entgegenzutreten. Hier wurden im Rahmen einer Mediation gemeinsam mit Wirten und Anrainern effektive Maßnahmen entwickelt, die jetzt mit Nachdruck durchgeführt werden müssen. Die Grazer Volkspartei hat heute auch einen Antrag eingebracht, wo wir diese geeigneten Maßnahmen noch einmal unterstrichen haben. Ich sage es Ihnen noch einmal, sind drei Punkte: Weitere Schulung der Türsteher, bessere Straßenreinigung und, der wichtigste Punkt, regelmäßige Polizeistreifen, die vor allem zu Fuß unterwegs sind. Eine Videoüberwachung des Uni-Viertels lehnen wir ab, da diese Maßnahme am eigentlichen Problem vorbeifilmt. Der Vergleich mit Villach hinkt, Frau Kollegin. Ich habe mich da im Internet kundig gemacht und habe auch vieles über die Partymeile Lederergasse gefunden und da gibt es gleich ein paar Schlagzeilen wie zum Beispiel „Messerstecherei in der Partymeile“, „Massenschlägerei nach Lokalbesuch“ und das sind strafrechtliche Delikte, das ist ein ganz anderes Problem. Bei uns, und das haben Sie durch Ihre Anfrage heute bestätigt, mit der Lärmmessung ist der Lärm das Problem und Lärm kann man bekanntlich nicht filmen. Weil Sie gesagt haben Vandalismus, wenn man jetzt zwei Kameras aufstellt, dann wird der Vandalen wahrscheinlich eine Straße weiter neben in das Auto treten, also das bringt alles nichts. Außerdem habe ich mich erkundigt, wenn es solche Kameras in einer Straße, wo Autos fahren, funktionieren würde, das geht wahrscheinlich nicht, auf Grund des Kontrastes mit den Scheinwerfern...

***Zwischenruf GR. Lozinsek: Völliger Blödsinn.***

GR. **Schönegger**: Nein, ich habe mit der Polizei gesprochen, du bist auch herzlich eingeladen, genaue Recherchen anzustellen bitteschön. Wir werden nicht der Dringlichkeit zustimmen und auch nicht dem Inhalt zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist so, anscheinend alle halben Jahre wieder ist es einen dringlichen Antrag für die FPÖ-Fraktion hier im Hause wert, das Thema Videokameraüberwachung zu bringen, ich habe nachgelesen, es war genau so ziemlich vor einem halben Jahr, am 11.11. des Vorjahres, der Termin war vielleicht recht passend zu diesem Antrag, damals vom Kollegen Mag. Korschelt eingebracht, die Videoüberwachung am Jakominiplatz, ein halbes Jahr später einmal der Gemeinderatskollege, einmal jemand anderer, ebenfalls mit gleichem Inhalt, mit gleicher Überschrift, halt diesmal eine andere Gegend. Dieses Spielchen können wir sicherlich noch ein paar Jahre spielen, weil es gibt in Graz sehr viele Plätze, sehr viele Straßen. Wo ich Ihnen Recht gebe und da treffen wir uns und auch die Antragstellerin, die Frau Dr. Sickl und ich, das ist im Motivenbericht, heißt im Klartext, dass auch wir die Sorgen der Bevölkerung sehr ernst nehmen und dass wir wissen, dass es Schwierigkeiten gibt und wir auch wissen, dass es Lärmbelästigungen gibt. Diese Lärmbelästigungen gibt es leider nicht nur im Univiertel, das muss man auch dazusagen, und wenn heute die Familie Huber von der Initiative Spinnst da ist, dann hat sie vollkommen Recht, wenn sie in dem Mail, das ich heute von dieser Initiative erhalten habe, sehr wohl, es gibt hier diese Unzulänglichkeiten, aber es gibt sie nicht nur jetzt beschränkt auf das Univiertel, sondern sie könnten x Beispiele bringen und es ist kein aprobatos Mittel einer Videoüberwachung, diesem Herr zu werden und wie mein Vorredner, der Kollege Hohensinner, richtig festgestellt hat, und ich selber war bei diesem Vortrag des Städtebundes, wo der Dr. Winkler in Wien diese Videoüberwachung in Villach präsentiert hat, und wo genau das zur Sprache gekommen ist auf meine Nachfrage, was hat es letztendlich der Bevölkerung dort gebracht, wo sehr wohl Verbesserungen im Hinblick auf Sachbeschädigungen, im Hinblick auf Gewalttätigkeiten, aber wo die Verantwortlichen Herren von Villach leider zugeben mussten, es hat sich weder was verändert in den Delikten Diebstahl und es hat sich vor allem nicht getan in Bezug auf Lärminderung. Das heißt im Klartext, dieses Mittel mag da oder dort seine

Berechtigung haben, aber leider nicht für diesen Zweck, wo wir es brauchen und aus diesem Grund, glaube mir einfach, und das ist auch unsere These und unsere Devise seit Jahren gewesen, wir brauchen nicht Kameras und nicht mehr Kameras, sondern wir brauchen mehr Polizei, wir brauchen mehr Polizeistreifen und wir brauchen auch mehr Kontrolle und wir brauchen auch letztendlich eine Diskussion, gegebenenfalls über die Sperrstundenverordnung, wir brauchen eine Diskussion unter Umständen, wie lange können Gastgärten offen haben, die letztendlich dazu führen und wir brauchen vor allem, wie gesagt, hier eine verstärkte Kontrolle hinsichtlich der Einhaltung der Sperrstundenverordnung und das kann es natürlich nicht sein und ich habe es auch das letzte Mal in diesem Arbeitskreis Sicherheit, den der Herr Bürgermeister eingerichtet hat und wo es eine Schwerpunktaktion gegeben hat und wo in einigen Lokalen einige Übertretungen festgestellt wurden, aber diese Übertretungen betrafen nur Personen, die die Zeit, weil sie zu jung waren, überschritten haben, wo es aber sehr wohl auch Konsequenzen für Gastronomiebetriebe geben müssen, die sich hier an die Spielregeln nicht halten. Und deshalb glaube ich, dass es sinnvoll ist, und da ist auch die SPÖ-Fraktion zu haben, für eine seriöse, ehrliche Behandlung Aufarbeitung dieses Problemfalls, keine Frage, da sind wir dabei und bekennen uns auch dazu und auch wir waren jene Fraktion, die in diesem dringlichen Antrag, wo es um die Installierung dieses Arbeitskreises, dieser Diskussionsrunde zum Thema Sicherheit gesagt haben, ok, das hat Dringlichkeit für uns, weil uns das Wohlbefinden, die Lebensqualität, das Wohnumfeld der Grazerinnen und Grazer ein entsprechendes Anliegen ist. Wir fordern, wie gesagt, mehr Kontrolle, wir fordern mehr Fußstreifen, aber was wir nicht wollen, ist eines, dass möglicherweise in Graz über kurz oder lang mehr Kameras installiert sind, als wir Bäume haben. In diesem Sinn erteilt die SPÖ-Fraktion der Dringlichkeit eine Absage und selbstverständlich auch dem Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GR. **Slamanig**: Meine Damen und Herren, liebe Kollegin Sickl! Die Probleme in der Stadt auf einen Punkt gebracht, so wie ich sie persönlich wahrnehme, und das mit steigender Tendenz, also es werden Normen, die meines Erachtens grundsätzlich einzuhalten sind, permanent verletzt, das fängt an bei der Mülltrennung, das hört auf bei Geboten nicht zu rauchen. Deine Kollegin Rossmann, so lang sie im

Gemeinderat und in der Stadtregierung war, hat das Universitätsviertel überhaupt ausgeklammert, das war überhaupt kein Thema und ich meine, wenn wir bei Verkehrsübertretungen, wenn wir zusehen, wie Menschen öffentliche Plätze verunstalten, es gibt keine Straße, keinen Garten, wo man nicht irgendeine Übertretung feststellt, ohne dass damit die Menschen mit Konsequenzen rechnen müssen. Und wenn man das alles auf den Punkt bringt, dass man überall dort, wo also das öffentliche Interesse besteht, also eine Kamera aufstellen müsste, was ja logisch wäre, dann wären wir dort, wo du zwar sagst, dass du nicht hinwillst, Fakt ist aber, dass wir von der Müllinsel bis zum Hauptplatz überall Kameras haben müssten und viele, viele Beamte, die ständig damit beschäftigt sind. Kurz auf den Punkt gebracht, unser Klub ist konsequent in dieser Frage, wir glauben, dass die Probleme der Gesellschaft anderswo liegen und sie anders aufgegriffen werden müssen, mit einer Kamera den Symptomen entgegenzutreten, ist meines Erachtens ein untaugliches Mittel und deswegen wird unser Klub weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt des Antrages zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Sickl! Die meisten Dinge sind jetzt eh schon gesagt worden, die eigentlich aus unserer Sicht sehr deutlich gegen die Einführung einer Videoüberwachung im Unibereich sprechen. Ich denke mir, das Hauptproblem ist, dass einfach sehr, sehr viele Leute mitten in der Nacht vor den Lokalitäten herumstehen und ziemlich herumlärmern. Die Ursache liegt sicherlich darin, dass einfach die Lokale extrem lange Öffnungszeiten haben und wenn die Lokale noch offen sind oder zusperren, ist es halt dann meistens so, dass die Leute dann vor der Tür weiterfeiern, was natürlich für die Wirte schwierig ist, weil was sollen sie konkret gegen die Leute tun und für die AnrainerInnen natürlich super problematisch, wenn sie um vier, fünf in der Früh einfach extrem durch Lärm belästigt sind. Ich denke mir, anstatt über Videoüberwachung zu reden, sollten wir eher drüber nachdenken, ob man in Bereichen, wo viele Menschen rundherum wohnen, einfach die Öffnungszeiten von solchen Lokalität verkürzt, das ist einmal der eine Punkt. Der andere Punkt ist sicher, es braucht in dem Bereich mehr Kontrollen, mehr Lärmmessungen, mehr Lärmkontrollen, wir haben generell den Mangel im Kontrollbereich, wir haben ja auch, wenn man jetzt an die Veranstaltungsrichtlinien

denkt, noch immer kein wirkliches Datenmaterial, wo wie viel Lärm tatsächlich passiert, wo es auch immer wieder von der Stadtregierung als Argumentation hergenommen wird, wir können nichts machen, weil wir wissen ja gar nicht, wo es in Wirklichkeit wie laut ist. Ein wesentlicher Punkt ist sicherlich natürlich, man muss auch bei den Wirtinnen und Wirten ansetzen, die oftmals Anlagen in ihren Lokalitäten haben, die extrem laut aufgedreht sind und wofür sie eigentlich keine oder nur unzureichende Genehmigungen haben. Und da muss man natürlich dann auch einmal über Konzessionsentzug reden, wenn die sich wirklich nicht an die Vorschriften halten. Ich denke auch die Argumente gegen die Videoüberwachung, die sind jetzt eh schon hinlänglich angeführt worden. Ein wesentlicher Punkt für uns ist natürlich schon, wenn man jetzt im Univiertel mit einer Videoüberwachung anfängt, dann könnte man übermorgen herkommen und sagen, gut, wir brauchen eine Videoüberwachung in der Griesgasse, wir brauchen eine am Griesplatz, wir brauchen am Jakominiplatz vermehrt Videokameras, wo führt das hin? Und mir persönlich macht das schon Angst, wenn man sich überall beobachtet fühlen muss, wenn man überall vom großen Bruder, wo auch immer und bei was auch immer man tut, beobachtet wird.

***Zwischenruf GR. Schönegger: Hast du was zu verbergen?***

GRin. **Jahn:** Nein, ich habe nichts zu verbergen, keine Sorge, aber der Punkt ist einfach auch, ich glaube, es macht wenig Sinn, der Lärmproblematik mit Videokameras was entgegenzusetzen. Was sind die Auswirkungen von einer Überwachung, man hat dann Bilder vor sich, wo unbekannte Personen was auch immer im öffentlichen Raum machen, ja und, was tun wir dann mit diesen Aufnahmen, was bringen uns die? Ich glaube, die bringen uns letztlich gar nichts. Ich denke, es müssen ganz andere Maßnahmen sein, die hier vorangetrieben werden müssen und dazu muss es auch weitere Überlegungen geben, die Mediation war ein wesentlicher Schritt, hat dazu geführt, dass sich die Wirte, die AnrainerInnen, die Bezirksvertretung erstmals wirklich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt



haben, aber offensichtlich sehen wir, dass das nicht der letzte Schritt gewesen sein kann und dass es halt zusätzlich noch andere Maßnahmen braucht. Aber die Videoüberwachung ist aus unserer Sicht sicherlich nicht der richtige Weg. Auf Grund der Wichtigkeit des Themas sagen wir deswegen ja zur Dringlichkeit, es braucht Maßnahmen im Unibereich, es sind sehr, sehr viele Familien, die extrem leiden unter Lärmbelästigung, aber gleichzeitig das Mittel lehnen wir ab und deswegen nein zum Inhalt des Antrages, zum Inhalt des Antragstextes (*Applaus Grüne*).

Dr. **Sickl**: Danke für die Beiträge. Es war mir irgendwie schon klar, dass wir da keine Mehrheit finden werden, einige Kommentare möchte ich aber trotzdem dazu abgeben. Betreffend die Mediation, die hat im Juli 2004 begonnen und bis Oktober gedauert, das Ergebnis, und auf das möchte ich auch zurückkommen, ist gleich null. Es hat keine Verbesserung gegeben, es ist jetzt praktisch fast ein Jahr vergangen und die Situation im Univiertel hat sich nicht geändert. Weder ist das Problem der Müllentsorgung, dass die Wirtschaftsbetriebe um 6 Uhr in der Früh die Müllcontainer ausleeren, verändert, es schaut noch immer aus, die Wirtschaftsbetriebe, das Einzige, was sie machen, ist, dass sie den Schmutz von der Straße auf die Gehsteige katapultieren, jetzt müssen die Hausbesitzer erst wieder den Dreck dort wegräumen, also da hat es einmal überhaupt nichts gegeben und der Einfluss auf die Wirtschaftsbetriebe scheinbar der Stadt Graz ist gleich null, das ist einmal der erste Punkt. Der zweite Punkt ist die Polizeifußstreife, die hat einige Zeit gedauert, da sind sie gegangen zu zweit, das hat auch eine Verbesserung gebracht, aber es wurde wieder alles eingestellt. Es ist jetzt nicht mehr möglich, bei diesem runden Tisch, wo ich auch war, hat der Oberst Manhofer gesagt, ja wir haben kein Personal, wir wollen das machen und die Situation ist die, dass er auch das bestätigt hat mit der Videoüberwachung, das wäre eine Hilfe. Also ich verstehe das nicht, die Polizei sagt sehr wohl, sie würden das brauchen, sie würden das als Unterstützung sehr begrüßen und warum müssen wir da im Gemeinderat immer wieder sagen, nein, das bringt nichts und wir haben alle Angst vor der Big-Brother-Mentalität, was ich eben schon im Antragstext gesagt habe, um das geht es nicht, und wenn ich im Bad zur Sonne im zweiten Stock mir die Haare föhne, schaut mich auch eine Videokamera an und ich fürchte mich deswegen nicht, dass die mir jetzt irgendwas unterstellen. Also

das ist immer so diese Panikmache der linken Reichshälfte, die wirklich abzulehnen ist. In jeder Bank, in der ich hineingehe, werde ich gefilmt, ja mein Gott na. Zum Kollegen Korschelt, der vor einem halben Jahr den Antrag gestellt hat, es ist gut so, dass man Problematik immer wieder und immer wieder trommelt, auch mit der Bettlerverordnung beziehungsweise mit dem Landessicherheitsgesetz ist der Kollege Proske jahrelang da gestanden und hat nie eine Mehrheit gehabt und was ist, jetzt haben wir sie, die ÖVP hat gesagt, ja wir wollen das machen und deswegen ist es auch gegangen. Früher hat es geheißen, verfassungsrechtliche Probleme, wir können da nicht mit, jetzt können sie mit und jetzt ist es da und jetzt ist es umgesetzt, Gott sei Dank, und genau deswegen stehe ich auch da und jedes Mal, wenn es geheißen hat, ja wir werden da alle überwacht. Ja, Entschuldigung das ist so, wenn ich mit einer Kreditkarte irgendwo zahle, kann ich genauso überwacht werden beziehungsweise kann die Polizei genau feststellen, aha, der hat jetzt beim Kastner und Öhler seine Tiefgaragengebühr gezahlt zum Beispiel.

*Zwischenruf GR. Schönegger: Ich habe keine Kreditkarte.*

Dr. **Sickl**: Ok, dann halt nicht, aber es ist überall so die Situation. Betreffend diese Zahlen vom Städtebund, also allein der Rückgang in Villach betreffend Sachbeschädigung und Körperverletzung ist um 50 % zurückgegangen, das ist dort auch genannt worden. Auch in Salzburg beim Rudolfskai ist die Zahl der Delikte um rund 25 % zurückgegangen und das Projekt Videoüberwachung wurde auch von den Wirten unterstützt und finanziert und auch die Wirte im Univiertel, das muss man auch dazusagen, sind sehr kooperativ, obwohl sie am Anfang sich anwaltlich vertreten haben lassen und gleich geschossen haben mit, wirklich eigentlich mit aggressiven Briefen, aber das letzte Mal hat man wieder herausgehört, sie wollen was tun, sie wollen dazu beisteuern, sie wollen ein Geld dafür hergeben, weil sie wollen nicht ständig in den Medien stehen und negative Schlagzeilen machen. Also das ist auch einmal klar und die Stadt Graz greift diesen Ball halt auch nicht auf. Ich meine, wir sitzen zusammen, wir haben eine teure Mediation, was wir auch begrüßt

haben und wo wir auch dafür waren, aber nur das Problem ist, es gibt kein Ergebnis, es ist nicht einmal ein Strohhalm, an dem man sich festhalten kann und das meine ich eben und deswegen glaube ich einfach, eine Videoüberwachung wäre eine Möglichkeit. Und es muss nicht fix installiert sein, sondern man kann auch hergehen und eine mobile Videoüberwachung, wo ich sage, einmal habe ich sie im Univiertel, dann habe ich sie in der Griesgasse oder sonst wo. Und die Stadt Voitsberg, um auf das auch noch zurückzukommen, die haben zum Beispiel ein Pilotprojekt jetzt laufen, das heißt Visis, vernetzte intelligente Sicherheitssysteme und dort werden mit Hilfe statistischer Methoden die Kameras so programmiert, dass verschiedene Parameter ermittelt werden und dann wird erst reagiert. Also das ist nicht zeitintensiv und vor allem nicht personalintensiv, sondern einfach die Technik macht es möglich und die nehmen sowohl Geräusche auf als auch gewisse Bewegungen und die verknüpfen das und das ist zum Beispiel eine gute Sache und nicht Big-Brother-Mentalität. Also das wären so meine Ausführungen und auch wenn wir in einem halben Jahr widerstehen, an dann stehe ich halt wieder und sage ok, aber vielleicht fruchtet es einmal und in drei Jahren vielleicht schaffe ich es, dass wir wirklich eine Videoüberwachung haben. Und die gesetzlichen Regelungen, das möchte ich jetzt zum Abschluss noch sagen, und da ist ja die Initiative Spinnst ja auch sehr erfolgreich bereits gewesen, die auch jahrelang getrommelt haben und jahrelang eigentlich belächelt worden sind. Es gibt jetzt eine Veränderung, die Sperrzeitenverordnung wurde beim Verfassungsgerichtshof gehoben und es ist da Aussicht auf Erfolg und man kann nur sagen, steter Tropfen höhlt den Stein und in diesem Sinne werde ich immer wieder für das plädieren, ohne wirklich, wie gesagt, diese Big-Brother-Mentalität da voranzustellen, weil das lehne ich auch ab. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der Dringlichkeitsantrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***